

Prof. Dr. Uwe Holtz: Glossar – 66 wichtige Begriffe zur Entwicklungspolitik

Universität Bonn, Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie (IPWS)

Neu bearbeitet im September 2019, aktualisiert im August 2020 und leicht verändert im Januar 2021.

Empfohlene Zitierweise: Holtz, Uwe (2020): Glossar – 66 wichtige Begriffe zur Entwicklungspolitik, als Ms. verv., Bonn, in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/holtz-uwe-2020-glossar-2013-66-wichtige-begriffe-zur-entwicklungspolitik/view [mit Angabe des Stichworts]

Dieses Kurzglossar entwicklungspolitischer Schlüsselbegriffe wurde anlässlich des Masterseminars „Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu den Entwicklungsländern – 50 Jahre BMZ“ am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Universität Bonn im Wintersemester 2011/12 erstmals erstellt und seitdem periodisch aktualisiert.

Für die einzelnen Stichwörter wurde relevante Sekundär- oder Primärliteratur befragt. Sie spiegeln aber vor allem auch praktische Erfahrungen des Verfassers, so als Vorsitzender des entwicklungspolitischen Bundestagsausschusses von Juni 1974 bis Oktober 1994, als Ehrenpräsident der Europäischen Assoziation ehemaliger Parlamentsabgeordneter seit 2002 und Consultant im EU- und UNO-Bereich, sowie Ergebnisse und Positionen eigener Forschungen und Publikationen wider.¹ Das vorliegende Glossar liefert 66 Stichwörter mit vielen Querverweisen.

Bei dieser Überarbeitung wurde jedem Stichwort in Kursivschrift zumindest ein Literaturhinweis hinzugefügt: in Form eines Kurzbelegs, aufgelöst im Literaturverzeichnis in alphabetischer Reihenfolge und eine URL. URLs werden nach den Literaturangaben ggf. erläutert, und zwar alphabetisch gemäß den Stichwörtern.

Im Anhang (S. 32-41) befinden sich aktuelle Schaubilder über die Öffentlichen Entwicklungsleistungen (ODA mit dem Stand von 2019), die DAC-Liste der Entwicklungsländer (2018 – 2020) und von U. Holtz eine thesenartige Darstellung zum Thema „Why countries are rich or poor and belonging to different income groups?“ Discussion Paper in Master Seminars (University of Bonn, Bonn-Rhein-Sieg University of Applied Sciences) as of July 2020.

1. **Agenda 2030:** Das Dokument „Transformation unserer Welt. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ wurde am 25. September 2015 von der UN-Generalversammlung als Resolution und Aufforderung zum Handeln im Konsens verabschiedet. Die Agenda 2030 bietet mit ihren 17 universellen, transformativen ‚nachhaltigen Entwicklungszielen‘ (Sustainable Development Goals/SDGs) für den globalen Süden und Norden einen umfassenden Aktionsplan zur Meisterung oder zumindest Minderung der größten Herausforderungen: von Armut und Hunger über Ungleichheiten, Unfrieden, einer ungeordneten, unsicheren Migration bis zum Umweltschutz und Klimawandel sowie schwachen Institutionen. Das Leben der Menschen soll verbessert und die Widerstandsfähigkeit (> Resilienz) gegen wirtschaftliche und ökologische Stresssituationen und Schocks erhöht werden. Niemand soll zurückgelassen werden. Die Agenda kann als globaler Gesellschaftsvertrag verstanden werden, der den Geist der > Einen Welt atmet. Die Umsetzung von Agenda und SDGs macht einen holistischen Ansatz notwendig, der die wirtschaftliche, soziale, ökologische und politische Dimension einer > nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung integrativ umfasst (Agenda-Viereck, U. H.). Im Gegensatz zu den > Millenniumsentwicklungszielen von 1990 wird eine enge Beziehung zwischen > Menschenrechten, > Demokratie, > Good Governance, Rechtsstaatlichkeit und einem förderlichen Umfeld auf nationaler und internationaler Ebene einerseits und der Umsetzung der Agenda 2030 und der SDGs andererseits hergestellt (Tz. 8, 9).

Es kommt auf die verschiedenen Stakeholder an, das große Narrativ der Transformation in Richtung einer besseren, nachhaltigen Welt umzusetzen und dem Ökozid (U. Holtz, 1989) Einhalt zu gebieten. Die pragmatische Vision der Agenda 2030 braucht zu ihrer Umsetzung einen umfassenden politischen Willen – auch im Bereich einer qualitativ besseren und höheren > Entwicklungspolitik. Dabei erkennt die Agenda die ‚wesentliche Rolle‘ der Parlamente für die wirksame Realisierung vieler Verpflichtungen an, wie etwa die Forderung von SDG 17, die Umsetzungsmittel zu stärken, die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung zu revitalisieren und die Politikkohärenz zugunsten > nachhaltiger Entwicklung zu verbessern. Es gilt vor allem, die Hoffnung und Erwartung an Multi-Akteur-Partnerschaften zu erfüllen: „Die Regierungen und Parlamente, das System der Vereinten Nationen und andere internationale Institutionen, lokale Behörden, indigene Völker, die Zivilgesellschaft, die Wirtschaft und der Privatsektor, die Wissenschaft und die Hochschulen werden den Weg ins Jahr 2030 mitgehen.“ (Tz. 52)

Der politische Ordnungsrahmen der Agenda 2030 orientiert sich deutlich am Paradigma einer nachhaltigen, menschenwürdigen und resilienten Entwicklung, während bei der wirtschaftlichen Ordnungspolitik das Leitbild einer sozialen, ökologischen Marktwirtschaft nicht so klar konturiert ist. Parlamente und Abgeordnete – von der lokalen über die nationale bis zur internationalen Ebene (letztere wird in der Agenda nicht adressiert), sind aufgerufen, Treiber und wirkmächtige Akteure der Transformations-Agenda zu sein und dabei auch Brücken zwischen Gesinnungs- und Verantwortungsethik zu schlagen. Eine noch zu gründende Parlamentarische Versammlung bei den

¹ s. Homepage: www.uwe-holtz.uni-bonn.de (dort auch CV und Schriftenverzeichnisse)

Vereinten Nationen müsste es als vornehmste Aufgabe ansehen, die Umsetzung der Agenda 2030 kritisch zu begleiten. > AKP-EU-Partnerschaftsabkommen > Demokratie > Entwicklung > Frieden > Institutionen > Nachhaltige Entwicklung > ODA > Theorien

Holtz 1989, 2018; United Nations General Assembly 2015; Leinen/Bummel 2017; Messner 2018; BMZ 2018a; Europäische Union 2019; Welt-Sichten 2020; <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs>; https://ec.europa.eu/europeaid/policies/european-development-policy/2030-agenda-sustainable-development_en; http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/index.html

2. **Agenda 21:** Eigtl. das, was im 21. Jh. getan werden soll und auf der „Tagesordnung“ zu stehen hat (lateinisch: agendum – „das in Gang zu Setzende“, „das zu Tuende“). Die Agenda 21 steht für das auf der UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro im Juni 1992 verabschiedete umwelt- und entwicklungspolitische Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert und für das Konzept der > nachhaltigen Entwicklung. Zwanzig Jahre nach Rio hat die Rio+20-Konferenz Bilanz gezogen und sich auf die – unverbindliche – Abschlusserklärung „Die Zukunft, die wir wollen“ verständigt.

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 1992; www.bmz.de/de/service/glossar/index.html; <https://sustainabledevelopment.un.org/futurewewant.html>

3. **AKP-EU-Partnerschaftsabkommen:** Das zwischen der EU und 79 Staaten aus Afrika, der Karibik und dem Pazifischen Raum im Jahre 2000 abgeschlossene und 2003 in Kraft getretene Cotonou-Partnerschaftsabkommen hat eine Laufzeit von zwanzig Jahren, also bis 2020. Das Besondere an dem auf Partnerschaft angelegten Abkommen ist die Verbindung von > Armutsbekämpfung und > Entwicklungszusammenarbeit mit Handels- und Wirtschaftsfragen sowie die politische Dimension. Zentrale Ziele der EU-AKP-Zusammenarbeit sind – auch in Übereinstimmung mit den > Millenniumsentwicklungszielen (und nach 2015 auch an den SDGs) – die Eindämmung und schließlich Beseitigung der > Armut sowie die Ausrichtung an und die Förderung einer > nachhaltigen Entwicklung und die schrittweise Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft. Mit dem neuen AKP-EU-Abkommen (2020) könnte die EU beweisen, dass sie im internationalen Kräftefeld die Rolle einer wirklich aufgeklärten, zivilen Supermacht zu übernehmen willens und in der Lage ist.

Die vom > BMZ 2017 vorgestellten Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika verstehen sich als eine Partnerschaft für Frieden, Entwicklung und Zukunft. Deutschland sollte das Auslaufen des Cotonou-Abkommens nutzen, sich noch stärker für eine Europäisierung der Entwicklungspolitik und auch in Bezug auf Afrika für eine konsequentere Orientierung an der > Agenda 2030 einzusetzen. > Entwicklung > Probleme

Holtz 1997e, 2000a; Grimm/Hackenesch 2012; European Commission 2017; BMZ 2017; Bodenstein/Faust/Furness 2017, Baydag/Klingebiel/Marschall 2018; Concord 2018; https://ec.europa.eu/europeaid/regions/african-caribbean-and-pacific-acp-region_en; www.acp.int; www.bmz.de/de/ministerium/wege/ez_eu/eu-wege/akpstaaten/index.html

Ankerländer > Entwicklungsländer

4. **Armut/sbekämpfung:** Absolute Armut beginnt, wo das physische Existenzminimum nicht mehr gesichert ist. Relative Armut wird hingegen in Bezug auf das Wohlstandsgefälle einer Gesellschaft definiert. Laut Definition der Weltbank leben Menschen unterhalb der internationalen absoluten Armutsgrenze, wenn ihnen weniger als 1,90 US-Dollar pro Tag an Kaufkraft zur Verfügung steht. Armut bedeutet aber nicht nur geringes Einkommen, sondern auch geringe Beteiligungsmöglichkeiten am wirtschaftlichen und politischen Leben, Gefährdung durch Risiken, Missachtung der Menschenwürde und der Menschenrechte sowie fehlender Zugang zu Ressourcen. Armutsbekämpfung ist mittlerweile zu einem die gesamte Entwicklungspolitik überwölbenden Ziel avanciert und zu einer entwicklungspolitischen Kernaufgabe geworden – national wie international, staatlich wie nichtstaatlich.

Mannigfache Gründe bzw. Faktoren dafür, warum einzelne Länder ‚arm‘ oder ‚reich‘ sind und zu verschiedenen Einkommensgruppen gehören, lassen sich benennen (konsultiere dazu auch den Anhang dieses Glossars). > Entwicklung > Entwicklungszusammenarbeit > Millenniumsentwicklungsziele

Holtz 2006b, 2009, 2020; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:295-318 (Nuscheler); https://ec.europa.eu/europeaid/tags/fighting-poverty_en; www.bundesregierung.de/breg-de/themen/nachhaltigkeitspolitik/armut-in-jeder-form-und-ueberall-beenden-1537492

5. **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages/AwZ:** Der AwZ (seinerzeit „Ausschuss für Entwicklungshilfe“) wurde als parlamentarisches Pendant zum 1961 gegründeten >

BMZ geschaffen; die eigentliche Konstituierung erfolgte am 1. Februar 1962. Die meisten der vom Bundestag verabschiedeten entwicklungspolitisch relevanten Entscheidungen beruhen auf Beschlussempfehlungen des AwZ, der die > Entwicklungspolitik und die > Entwicklungszusammenarbeit entsprechend seinen politischen Funktionen mitgestaltet. Sie liegen neben einer indirekten Einflussmöglichkeit auf den Haushalt (hier ist der Haushaltsausschuss federführend und der AwZ nur zu gutachterlichen Stellungnahmen befugt) vor allem in der Kontrollfunktion gegenüber der Exekutive, der Diskussionsfunktion (über Konzepte und Programme), der Anregungsfunktion (für eine bessere Entwicklungspolitik) und der entscheidungsvorbereitenden Funktion (Beschlussempfehlungen für das Plenum).

AwZ-Vorsitzende: Robert Margulies (FDP) 1.2.-20.6.1962, Karl Atzenroth (FDP) 1962-1965, Walter Leisler Kiep (CDU) 1965-1969, Alwin Brück (SPD) 1969-1974, Uwe Holtz (SPD) 1974-1994, Manfred Lischewski (CDU) 1994-98), Rudolf Kraus (CSU) 1998-2005, Thilo Hoppe (Bündnis 90/Die Grünen) 2005-2009, Dagmar Wöhrl (CSU) 2009-2018, ab 2018 Peter Ramsauer (CSU).

Holtz 1994; Ulrike Taschbach-Hörsch 2003; Nuscheler 2012:326f; Holtz 2012; www.bundestag.de/entwicklung

Bilaterale Zusammenarbeit: Die direkte > Entwicklungszusammenarbeit zwischen einem > „Geberland“ und einem > Entwicklungs- bzw. > Partnerland. > Multilaterale Zusammenarbeit

6. BMZ/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (bis Januar 1993 ohne den Zusatz „und Entwicklung“). Kurzform: Entwicklungsministerium. Das 1961 maßgeblich auf Drängen des Deutschen Bundestages und des ersten Ministers Walter Scheel geschaffene Ministerium ist für die deutsche > Entwicklungspolitik und > Entwicklungszusammenarbeit/EZ verantwortlich. Auch nach dem 1999 erfolgten Umzug von Teilen der Bundesregierung nach Berlin befindet sich der 1. Dienstsitz des BMZ in Bonn. Dort sind von den rd. 1.100 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zz. etwa 57 Prozent der Stellen angesiedelt und am 2. Dienstsitz in Berlin die übrigen 43 Prozent.

Das BMZ plant und steuert die > Entwicklungspolitik der Bundesregierung und ist gleichzeitig für deren Umsetzung zuständig. Vier Arbeitsgrundlagen braucht und braucht das BMZ: (institutionelle) Kompetenzen, Sachverstand, Konzepte und Geld (Barmittel und Verpflichtungsermächtigungen). Hinter der Gründung des BMZ stand der politische Wille, diesen Bereich der äußeren Politik deutlich hervorzuheben und gleichzeitig einer Zersplitterung der Kompetenzen innerhalb der Bundesregierung entgegenzuwirken; aber obwohl das BMZ im Laufe seiner fünfzigjährigen Geschichte immer mehr Kompetenzen erhalten hat, ressortieren wichtige Bereiche, wie die > Humanitäre Hilfe, in anderen Ressorts. Parlamentarisches Pendant des BMZ im Deutschen Bundestag ist v.a. der > Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

2011 hatte das BMZ in seinem Konzept für eine „neue deutsche Entwicklungspolitik“ sieben Kriterien zukunftsfähiger Entwicklung als wichtig hervorgehoben: Innovationsbereitschaft und Innovationskompetenz; Bildungsorientierung; Eigenverantwortung [> Ownership]; > Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und > Demokratie; Gute Regierungsführung [> Good Governance]; Marktorientierung und Unternehmertum; Klimaschutz, Ressourceneffizienz und erneuerbare Energien.

Nach einem längeren Dialogprozess, an dem sich Expertinnen und Experten aus Politik, Zivilgesellschaft inklusive Kirchen und Stiftungen, Wirtschaft und Wissenschaft sowie Bürgerinnen und Bürger beteiligt haben, stellte das BMZ im November 2014 ihre „Zukunftscharta“ vor. Weil Entwicklungspolitik zu Hause beginnt und der > nachhaltigen Entwicklung verpflichtet ist, die den gesamten Globus umfasst, wurde laut Entwicklungsminister Gerd Müller die Zukunftscharta unter das Motto „EINWELT – Unsere Verantwortung“ gestellt. Mit der Charta soll auch die Umsetzung der international angestrebten Ziele für nachhaltige Entwicklung (> Post-2015-Entwicklungsagenda) in Deutschland und durch deutsche Akteure vorangetrieben werden. Die acht inhaltlichen Handlungsfelder der Charta lauten: 1. Ein Leben in Würde weltweit sichern; 2. Natürliche Lebensgrundlagen bewahren und nachhaltig nutzen; 3. Wirtschaftswachstum mit Nachhaltigkeit und menschenwürdiger Beschäftigung verbinden; 4. Menschenrechte und gute Regierungsführung fördern und fordern; 5. Frieden schaffen, menschliche Sicherheit stärken; 6. Kulturelle und religiöse Vielfalt respektieren und schützen (*sic!*); 7. Innovationen, Technologien und Digitalisierung für transformativen Wandel nutzen; 8. Eine neue globale Partnerschaft und Multi-Akteurs-Partnerschaften für die Umsetzung entwickeln.

2018 identifizierte das BMZ in seinem Strategiepapier „Entwicklungspolitik 2030“ fünf Megatrends, die den Planeten verändern und zugleich wichtige Handlungsfelder für die Entwicklungspolitik darstellen: (i) Demographische Entwicklung; (ii) Knappheit von Ressourcen; (iii) Klimawandel; (iv) Digitalisierung und Interdependenz; (v) Flucht und Migration.

Als ‚Instrumente‘ werden genannt: Staatliche Entwicklungsgelder national und europäisch erhöhen und wirksam einsetzen; nachhaltige Privatinvestitionen fördern; fairen Handel ermöglichen; Eigenleistungen als Voraussetzung für Fortschritt anerkennen; Zusammenarbeit mit Kommunen, politischen Stiftungen und der Zivilgesellschaft ausbauen; multilaterale Entwicklungszusammenarbeit stärken.

Das im April 2020 von Bundesminister Gerd Müller vorgestellte Reformkonzept „BMZ 2030“ will die Mittel der Entwicklungspolitik noch strategischer, effizienter und wirksamer einsetzen und erwartet dabei von den Partnerländern verstärkt Fortschritte. Reformorientierte Länder sollen besonders unterstützt werden, die Zahl der bilateralen Partner von bisher 85 auf künftig unter 60 reduziert, aber gleichzeitig die Arbeit der EU und multilateraler Institutionen gestärkt werden. Mit „Transformationspartnerschaften“ sollen gezielt politische und wirtschaftliche Transformationsprozesse in der EU-Nachbarschaft unterstützt werden. Außerdem soll mit „globalen Partnern“ an der Lösung globaler Zukunftsfragen und dem Schutz globaler Güter, z. B. dem Umwelt- und dem Klimaschutz, sowie mit „Nexus- und Friedenspartnern“ in Flüchtlingsregionen an den Ursachen von Gewalt, Konflikten und Flucht gearbeitet werden. Das Reformkonzept setzt z.T. neue inhaltliche Schwerpunkte. Wichtigstes Ziel der Entwicklungspolitik bleibt die Überwindung von Hunger und Armut sowie die Umsetzung der > Agenda 2030. Gleichzeitig werden neue „Kernthemen“ benannt: Friedenssicherung, Ernährungssicherung, Ausbildung und nachhaltiges Wachstum, Klima und Energie, Umwelt und natürliche Ressourcen. Außerdem sollen Maßnahmen im Gesundheitswesen ausgebaut werden. Daneben hat das BMZ zehn „Initiativthemen“ identifiziert, wie z. B.: Marshallplan mit Afrika; Bevölkerungsentwicklung und Familienplanung; Gesundheit, Pandemiebekämpfung und *one Health*; Digitalzentren und Digitalisierung; Allianz für Entwicklung und Klima; Sport, Medien und Kultur.

Das Reformkonzept beruht auf vier „Säulen“: (i) Die Partnerländer können und müssen selbst mehr leisten. Eigeninitiative ist der Schlüssel für Entwicklung. Deshalb werden von Partnerländern noch stärker als bisher messbare Fortschritte bei guter Regierungsführung, Einhaltung der Menschenrechte und der Korruptionsbekämpfung gefordert. (ii) Mit der staatlichen EZ wird stärker auf Reformpartnerschaften gesetzt. (iii) Privatinvestitionen, insbesondere von Mittelständlern, werden in Entwicklungsländern gezielt gefördert; denn Beschäftigung schafft vor allem die Wirtschaft. (iv) Es gilt, fairen Handel zu ermöglichen; damit werden die größten Entwicklungssprünge ausgelöst. „Deswegen setzen wir uns dafür ein, soziale und ökologische Nachhaltigkeitsstandards in globalen Lieferketten und in allen EU-Freihandelsabkommen zu verankern und durchzusetzen.“

Um die neuen Themen so wirksam wie möglich umsetzen zu können, will das BMZ umfassendere Reformprogramme und Schwerpunktansätze entwickeln, dafür viele Einzelprojekte verringern und intern ein neues integriertes Planungsverfahren starten. Insgesamt soll mit dem Reformkonzept „BMZ 2030“ mehr Kohärenz und Effizienz in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit geschaffen werden.

Das BMZ – die gesamte Bundesregierung – ist aufgerufen, sich sowohl für eine qualitativ bessere und quantitativ höhere Entwicklungspolitik als auch ein die Entwicklung in Partnerländern förderliches nationales und internationales Umfeld einzusetzen.

Entwicklungsminister ist seit Dezember 2013 Gerd Müller (CSU). Vorgänger/innen waren: Dirk Niebel/FDP (10.2009-12.2013), Heidemarie Wieczorek-Zeul/SPD (10.1998 - 10.2009), Carl-Dieter Spranger/CSU (1.1991 - 10.1998), Jürgen Warnke/CSU (4.1989 - 1.1991), Hans Klein/CSU (3.1987 - 4.1989), Jürgen Warnke/CSU (10.1982 - 3.1987), Rainer Offergeld/SPD (2.1978 - 10.1982), Marie Schlei/SPD (12.1976 - 2.1978), Egon Bahr/SPD (7.1974 - 12.1976), Erhard Eppler/SPD (10.1968 - 7.1974), Hans-Jürgen Wischnewski/SPD (12.1966 - 10.1968), Werner Dollinger/CSU (10.1966 - 12.1966), Walter Scheel/FDP (11.1961 - 10.1966). > Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung des Deutschen Bundestages/AwZ > 0,7-Prozent-Ziel > CPA/Länderprogrammierbare Hilfe

Holtz 1995b,1997a,2006a; Gieler 2011; Harnisch/Schmidt 2012; Molt 2018; BMZ 2018b; Bohnet 2019; BMZ 2020; www.bmz.de; www.bmz.de/de/ministerium/aufbau/index.html; www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie250_zukunftscharta.pdf; www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/sMaterialie510_BMZ2030_Reformkonzept.pdf

BRICS > Entwicklungsländer

9. **Budgethilfe:** Bei der allgemeinen Budgethilfe leisten > „Geber“ im Rahmen ihrer > Entwicklungszusammenarbeit einen direkten Beitrag in den Haushalt des > Partnerlandes. Bei der sektoralen Budgethilfe müssen die Beiträge, die in den Haushalt gezahlt werden, für vorher vereinbarte Sektorprogramme verwendet werden, beispielsweise für die Bereiche Wasser oder Grundbildung. Das Instrument Budgethilfe bietet die Chance, den Dialog mit der

entsprechenden Regierung zu verbessern, die Kapazitäten und Mitwirkungsprozesse der nationalen Institutionen einschl. der Parlamente zu stärken und auch zu einer besseren Abstimmung der verschiedenen Geber untereinander beizutragen. Sie kann aber nicht als Allheilmittel gelten; sie bietet Chancen und Risiken. > Personelle Zusammenarbeit > Projekthilfe

Stefan Leiderer 2009; Oldenbruch/Bohl 2009; www.deval.org/de/wirksamkeit-und-nachhaltigkeit-von-budgethilfe-synthese-und-exit-evaluierung.html;

Capacity Building/Development > Technische Zusammenarbeit

10. Corporate Social Responsibility/CSR: Unternehmerische gesellschaftliche Verantwortung – Verantwortung für Gesellschaft, Mitarbeiter, Wirtschaft und Umwelt, zu der sich viele, besonders global agierende Unternehmen verpflichtet haben und dabei eine sozial und ökologisch verantwortungsvolle Unternehmensführung anstreben. > Handel

Polte 2010; www.germanwatch.org/de/thema/unternehmensverantwortung, <https://jcsr.springeropen.com>

11. Corona-Pandemie: Die Ende 2019 virulent gewordene Corona-Virus-Krankheit (COVID-19) hat sich im Jahr 2020 zu einer weltweiten Pandemie entwickelt und das soziale Leben in vielen Bereichen erfasst. Sie betrifft alles: von der Gesundheit der Menschen über Wirtschaft, Handel und Finanzen bis zur liberalen Demokratie; sie bedroht Klima, Bildung, Geschlechtergerechtigkeit und verschärft Armut, Ungleichheit und viele weitere Probleme, so etwa im Bereich der Migrations- und Fluchtbewegungen. Die Corona-Krise hat die digitale Kluft vergrößert; zugleich ‚verdanken‘ wir ihr einen Digitalisierungsschub in der Lebens-, Arbeits- und Bildungswelt.

Durch ‚international distancing‘ (U. Holtz), das internationale Abstandhalten, unterminiert die Pandemie die internationale und multilaterale Zusammenarbeit und befördert eine geo-politische Machtverschiebung. Sie fordert die ‚alte‘ Globalisierung heraus, legt die Schattenseiten eines barbarischen Kapitalismus offen und unterstreicht die Notwendigkeit, das große Narrativ der > Agenda 2030 einer Transformation in Richtung einer besseren, nachhaltigen Welt umzusetzen. Sie drängt die > Entwicklungspolitik zu Kurskorrekturen und Reformen.

UN-Generalsekretär António Guterres hat seinen nach vorne weisenden Nelson-Mandela-Festvortrag vom 20. Juli 2020 unter das Motto gestellt: „Die Pandemie der Ungleichheit bekämpfen: Ein neuer Gesellschaftsvertrag für eine neue Zeit“. > BMZ > Demokratie

Gurria 2020, Tetzlaff 2020; www.bmz.de (> Corona-Sofortprogramm); www.who.int/emergencies/diseases/novel-coronavirus-2019; www.un.org/Depts/german/gq/Nelson-Mandela-Rede-DUED-NY-final.pdf

12. CPA/Country Programmable Aid: Bei der länderprogrammierbaren Hilfe handelt es sich um jene > ODA, die tatsächlich zur Umsetzung der entwicklungspolitischen Programme in den Partnerländern zur Verfügung steht. Gemäß OECD bezeichnet CPA die Brutto-ODA abzüglich der Schuldenerlasse, der humanitären Hilfe, der Verwaltungskosten, der Kosten für Asylbewerber, der ODA, die nicht von den Hauptentwicklungsinstitutionen geleistet wird, der kalkulatorischen Studienplatzkosten von Studierenden aus Entwicklungsländern und einiger kleinerer Posten.

OECD 2019; <https://data.oecd.org/oda/country-programmable-aid-cpa.htm>

13. DAC/Development Assistance Committee – Entwicklungsausschuss: Beim DAC – Forum, Denktank und Impulsgeber – handelt es sich um den Entwicklungsausschuss der OECD, dem 29 > Industrieländer und die EU-Kommission bzw. > „Geber“ angehören. Von Bedeutung sind die jährlichen, vom DAC-Vorsitzenden publizierten Berichte zur Entwicklungszusammenarbeit (Development Co-operation Report), die neben jeweils spezifischen Schwerpunktthemen immer auch die Entwicklungshilfeleistungen und Politiken der Industrieländer erfassen und analysieren sowie umfangreiches statistisches Material enthalten. Außerdem gehört auch die regelmäßige Bewertung der Entwicklungspolitik seiner Mitglieder durch sog. Peer Reviews zu seinen Aufgaben wie auch die Erarbeitung von entwicklungspolitischen Strategien, Konzeptionen und Leitlinien (so für > Evaluierungen). Zudem erstellt er seit 1962 auch die DAC-Liste der > Entwicklungsländer (s. die aktuelle Liste im Anhang, S.27). Kritik am DAC beklagt dessen oft ‚nördliche‘ Ausrichtung beim Verständnis von Entwicklungszusammenarbeit. > Geber

Fejerskov/Lundsgaarde/Cold-Ravnkilde 2016; www.oecd.org/dac; www.oecd.org/dac/development-assistance-committee

DEG > Kreditanstalt für Wiederaufbau

14. **Demokratie:** Im Gegensatz zu Diktaturen / Autokratien verstehen sich Demokratien als politische Systeme, die der Freiheit, den > Menschenrechten, der Rechtsstaatlichkeit und dem Pluralismus verpflichtet sind. Gemäß der berühmten Aussage des US-amerikanischen Präsidenten Abraham Lincoln von 1863 ist die Demokratie „die Regierung des Volkes durch das Volk für das Volk“. Obwohl die Systemkonkurrenz zwischen Demokratien und Diktaturen in vielen Weltgegenden virulent ist, ist die Demokratie weltweit – zumindest auf dem Papier – als politischer Ordnungsrahmen anerkannt. Im Übrigen ist keine Diktatur auf Dauer überlebensfähig, weil sie dem innersten Wunsch des Menschen nach Freiheit und einem Leben in Würde widerspricht. Die > Agenda 2030 formuliert unmissverständlich: „Wir sehen eine Welt vor uns, in der die Menschenrechte und die Menschenwürde, die Rechtsstaatlichkeit, die Gerechtigkeit, die Gleichheit und die Nichtdiskriminierung allgemein geachtet werden, in der Rassen, ethnische Zugehörigkeit und kulturelle Vielfalt geachtet werden und in der Chancengleichheit herrscht. (...) Eine Welt, in der Demokratie, gute Regierungsführung und Rechtsstaatlichkeit sowie ein förderliches Umfeld auf nationaler und internationaler Ebene unabdingbar für eine nachhaltige Entwicklung sind“ (Tz. 8, 9).

In der 1997 von der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) angenommenen Allgemeinen Demokratie-Erklärung wird die Demokratie als Ideal, als ein universell anerkanntes Konzept sowie als Regierungsform und einziges politisches System bezeichnet, das zur Selbstkorrektur fähig ist. Auf Anregung der IPU, die seit 2002 einen Beobachterstatus bei der UN-Generalversammlung innehat, sowie in Anerkennung der Widerstandsfähigkeit und Universalität demokratischer Prinzipien erklärte die UN-Generalversammlung sieben Jahre nach dem Millenniumsgipfel, also im Jahr 2007, den 15. September zum „Internationalen Tag der Demokratie“.

Die Schaffung einer Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen (United Nations Parliamentary Assembly/UNPA) würde die parlamentarische ‚Begleitung‘ / Kontrolle der Vereinten Nationen über die vorhandenen Möglichkeiten der IPU hinaus um eine wirklich globale Komponente erweitern, deren demokratische Legitimität verbessern und zugleich stärker parlamentarischen, demokratischen Prinzipien in der UNO zum Durchbruch verhelfen können.

Auch wenn es keinen automatischen Zusammenhang zwischen Demokratie und Entwicklung gibt, so sind Demokratie und > Good Governance die besten Voraussetzungen, aber noch keine Garantie für eine „gute“ > Entwicklung. Demokratie kennt verschiedene Ausformungen unterschiedlicher Qualität und auch Deformationen. Reduziert man sie auf das Wesentliche, dann lassen sich drei Kernelemente in einer Art Demokratie-Dreieck festhalten: 1. Freie, faire und regelmäßige Wahlen mit der Möglichkeit, einen Regierungswechsel herbeizuführen (was freie Medien, das Recht auf Opposition und unterschiedliche Parteien voraussetzt); 2. Gewaltenteilung und die Bindung der Gewalten an die verfassungsmäßige Ordnung sowie an Gesetz und Recht („rule of law“ – Herrschaft des Rechts; Rechtsstaatlichkeit und Rechtssicherheit); 3. Achtung und Verwirklichung der unveräußerlichen > Menschenrechte und der politischen, bürgerlichen Freiheiten sowie die Wahrung von Minderheitenrechten. Konstitutiv für die Lebendigkeit der Demokratie ist auch eine > Zivilgesellschaft, die frei(heitlich) agieren kann; Geschichte und Gegenwart lehren zudem, dass zivilgesellschaftliche Gruppen oft Wegbereiter und Statthalter für Demokratisierungen waren und sind.

Schlüsselinstitution bzw. Herz der Demokratie ist das Parlament mit seinen *idealerweise* sechs Aufgaben und Kernkompetenzen in folgenden Bereichen: Gesetzgebung, Budgetrecht inklusive der Entscheidung über Einnahmen und Ausgaben, Kontrolle der Regierung und Verwaltung, Wahlfunktion/Herrschaftsbestellung, außenpolitische Mitwirkung, Repräsentations- und Diskursfunktion (parlamentarisches Hexagon, U. Holtz). Dabei bewegen sich, machtpolitisch gesprochen, die Parlamente auf einem Kontinuum zwischen schwachen „Abnick“- und starken „Gestaltungs“-Legislativen, wobei sogar ein und dasselbe Parlament zu verschiedenen Themen unterschiedliche Positionen auf diesem Kontinuum einnehmen kann.

Bei der Unterstützung von Demokratisierungsprozessen hat die Entwicklungspolitik zu beachten: Ob Verhältnis- oder Mehrheitswahlrecht, präsidentielle oder parlamentarische Demokratie, repräsentative oder direkte Demokratie, Ein- oder Zweikammersystem – jedes Land muss seine eigene Demokratieform finden. Der Unterstützung von außen kommt vor allem eine Hebammenfunktion zu, wobei gilt: je größer die interne „Nachfrage“ nach Demokratie und Menschenrechten, desto höher die Erfolgsquote. Bei der Zusammenarbeit mit diktatorisch regierten Ländern kann die Einstellung der staatlichen > EZ ein probates Mittel sein; oft wird jedoch gelten: „stay engaged, but differently“ (engagiert bleiben, aber auf andere Art und Weise).

‚Wirkliche‘ Demokratien sind im Vergleich zu anderen Regierungsformen letztlich am besten geeignet, für Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte, Frieden und menschliche Sicherheit, Gerechtigkeit und Solidarität sowie Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz einzustehen und deren Verwirklichung, orientiert an allgemein anerkannten > Werten und dem Paradigma einer nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung, zu befördern.

Neueste Herausforderungen für Demokratie und Freiheit in der Welt ergeben sich auch aus der > Corona-Pandemie. > Agenda 2030

Inter-Parliamentary Union 1997; Holtz 1997d, 2003, 2006b, 2009, 2013a:23-25, 2018, 2020; Leinen/Bummel 2017; Hackenesh 2019; Youngs/Panchulidze 2020, Guterres 2020; www.eiu.com/topic/democracy-index + <https://de.m.wikipedia.org/wiki/Demokratieindex>; www.bti-project.org/de/startseite; <https://freedomhouse.org>; <https://en.unpacampaign.org>, www.democracywithoutborders.org; www.idea.int/news-media/multimedia-reports/call-defend-democracy

15. Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit/GIZ: Mit Beginn des Jahres 2011 wurden die drei staatlichen > Durchführungsorganisationen der deutschen > Technischen Zusammenarbeit, die Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit/GTZ, der Deutsche Entwicklungsdienst/DED sowie die Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH/InWEnt, miteinander zur GIZ verschmolzen, die ihren Hauptsitz in Bonn und Eschborn hat. Nach dem Willen des > BMZ und der Bundesregierung soll Deutschlands Technische Zusammenarbeit durch die Fusion der drei Organisationen schlagkräftiger und effizienter werden. Außerdem will die Bundesregierung ihre politische Gestaltungsfähigkeit stärken, einen kohärenten und sichtbaren Außenauftritt der deutschen > Entwicklungszusammenarbeit sicherstellen und Deutschland als innovativen Motor und > Partner der internationalen > Entwicklungspolitik etablieren. Die GIZ arbeitet im Auftrag der Bundesregierung sowie anderer öffentlicher und privater Auftraggeber. Dazu zählen auch Regierungen anderer Länder, internationale Organisationen und die Privatwirtschaft. Weltweit ist sie zudem in der internationalen Bildungsarbeit aktiv. Die GIZ ist in vielen Arbeitsfeldern aktiv: Die Bandbreite reicht von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung über den Aufbau von Staat und Demokratie, die Förderung von Frieden, Sicherheit, Wiederaufbau sowie ziviler Konfliktbearbeitung, die Sicherung von Ernährung, Gesundheit und Grundbildung bis hin zu Umwelt-, Ressourcen- und Klimaschutz. > Evaluierung

Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:527-531 (Stockmann); Noltze/Euler/Verspohl 2018; www.giz.de

Deutscher Entwicklungsdienst/DED > Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

Do no harm-Prinzip > Entwicklungspolitik

16. EINE Welt: Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes wurde die Gliederung der Welt in drei Welten (Erste, Zweite und Dritte Welt) brüchig. Im Zeitalter der > Globalisierung rückt die Welt zusammen. Es wird zunehmend deutlich, dass sich die > Probleme der Welt, wie z. B. der > Klimawandel und große Finanzkrisen, nicht mehr regional abgrenzen lassen, sondern die EINE Welt tangieren. Auch die Folgen von > Armut und Hunger in Entwicklungsländern sind bspw. in Form von Migration in anderen Ländern und Kontinenten zu spüren. In Kategorien der EINEN Welt zu denken („global denken“), bedeutet, global, regional, national und lokal zu handeln. Mit dem Verweis auf die Gemeinsamkeit der > Interessen *aller* Teile der Welt, auf globale Bedürfnisse und universale Anstrengungen hatte der Brandt-Bericht von 1980 bereits das Konzept von der EINEN Welt anklingen lassen. Heute sind die > Agenda 2030 und ihre 17 > SDGs wichtige Bausteine eines globalen Gemeinwillens und Ausdruck des Eine Welt-Denkens. So spricht sich das Land NRW für ‚eine zukunftsfähige Eine Welt – friedlich, gerecht und nachhaltig im Interesse aller‘, ‚eine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung‘ und ‚Beiträge‘ mit seinen Partnern zur Realisierung von SDGs aus. > Agenda 2030 > BMZ > Entwicklung

Jecklin 2007; Holtz 2011a; Landesregierung NRW 2012; www.bmz.de/de/presse/aktuelleMeldungen/2014/november/20141114_Zukunftscharta-EINEWELT-Unsere-Verantwortung/index.html

Empfänger/länder > Geber

17. Empowerment: Stärkung von Macht und Einfluss. In vielen deutschsprachigen Dokumenten wird der englische Begriff beibehalten; oft werden auch nicht-adäquate Übersetzungen wie „Ermächtigung“, „Stärkung der Rolle“ oder „Teilhabe“ benutzt. ‚Empowerment‘ kann als ein Prozess verstanden werden, in dessen Verlauf sich eine Person oder eine gesellschaftliche Gruppe Zugang zu Mitwirkungs- und Durchsetzungsmöglichkeiten verschafft bzw. diese erhält und sich Fähigkeiten aneignet, die sie in den Stand versetzt, ihr eigenes Leben und die Gemeinschaft, in der sie lebt, in wirtschaftlicher, sozialer und politischer Hinsicht aktiv mitzugestalten. In der Entwicklungspolitik stellt v. a. die Stärkung von Macht und Einfluss der Frauen eine besondere Herausforderung dar. > Gender

Luttrell/Quiroz 2009; BMZ 2018; www.unwomen.org

18. **Entwicklung:** Auch wenn es keine allgemein gültige Definition von Entwicklung gibt, dürfte die Erkenntnis weitgehend akzeptiert sein, dass Entwicklung ein mehrdimensionaler, komplizierter, langwieriger, sozio-ökonomischer Prozess ist, der auf die Befriedigung der Grundbedürfnisse und die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen abzielt, Freiheit von Not und Furcht für alle anstrebt, Frieden und Sicherheit garantiert und spätestens seit Rio 1992 einer > nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung sowie der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der > Einen Welt verpflichtet ist. Entwicklung bedeutet immer, etwas von dem, was an Fähigkeiten und Potenzial jedem Menschen und Volk Eigen ist, zur Entfaltung, zur „Ent-Wicklung“ zu bringen. Insofern kommt der Hilfe von außen vor allem eine Hebammenfunktion zu. Sie ist, um eine alte Erkenntnis aufzugreifen, Hilfe zur Selbsthilfe. Diese bezeichnet das Prinzip, das Maßnahmen zugrunde liegt, die die unter Armut und anderen Engpässen leidenden Menschen, Gruppen oder > Institutionen dazu befähigen, sich selbst zu helfen. Entwicklungspolitische Maßnahmen versprechen besonders dann Erfolg, wenn sie die Selbsthilfekapazitäten und die Eigenanstrengungen der Bevölkerung – in einem förderlichen internationalen Umfeld – fördern und stärken.

Entwicklung umfasst zumindest folgende Dimensionen: Politik (> Demokratie, > Menschenrechte und > Good Governance), Wirtschaft (Produktivitätssteigerungen, Arbeitsplätze schaffendes und Armut beseitigendes Wirtschaftswachstum, Unternehmen, die ihre gesellschaftliche Verantwortung ernst nehmen), Soziales (soziale Gerechtigkeit, soziale Grunddienste), Umwelt (ökologische Nachhaltigkeit) und > Kultur (kulturbewusste Entwicklung, die kulturelle Entfaltung ermöglicht und für den Wandel offen ist). Entwicklung braucht „gute“ nationale, regionale und internationale Rahmenbedingungen, deren Ordnungspolitik sich an menschenrechtsrespektierenden, demokratischen politischen Systemen und an einer sozialen und ökologischen Marktwirtschaft orientiert. > Entwicklungspolitik und > Entwicklungszusammenarbeit wollen zur Entwicklung in den > Entwicklungsländern beitragen.

Das > AKP-EU-Partnerschaftsabkommen will die Ziele der Partnerschaft nach einem integrierten Konzept angehen, „das den politischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und Umweltaspekten der Entwicklung gleichermaßen Rechnung trägt“ (Art. 1).

Eine überzeugende, von Persönlichkeiten des Südens gegebene Definition findet sich in dem unter Leitung von Julius Nyerere erstellten Bericht der „Südkommission“ von 1990, wo es heißt: „Nach unserer Auffassung ist Entwicklung ein Prozess, der es den Menschen ermöglicht, ihre Fähigkeiten zu entfalten, Selbstvertrauen zu gewinnen und ein erfülltes und menschenwürdiges Leben zu führen. Entwicklung ist ein Prozess, der die Menschen von der Angst vor Armut und Ausbeutung befreit. Sie ist der Ausweg aus politischer, wirtschaftlicher und sozialer Unterdrückung.“

Entwicklung (und Wohlstand) zu messen, ist ein schwieriges Unterfangen. Die Wissenschaft hat dazu eine Reihe von Indizes vorgeschlagen, wie z. B. den „Quality of Life Index“. Die Weltbank orientiert sich am Pro-Kopf-Einkommen. Das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) benutzt seit 1990 in ihren Berichten über die menschliche Entwicklung ein Drei-Indikatorenmodell. Dieser „Index für menschliche Entwicklung“ (Human Development Index/HDI) dient als kombinierter Indikator für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung eines Landes und gibt über drei grundlegende Dimensionen der menschlichen Entwicklung mit entsprechenden Indikatoren Auskunft: Gesundheit (Lebenserwartung zum Zeitpunkt der Geburt), Bildung (durchschnittliche und voraussichtliche Schulbesuchsdauer) und Lebensstandard (reale Kaufkraft des Pro-Kopf-Einkommens). Gemäß dem HDI werden die untersuchten Länder in vier Klassen eingeteilt: Länder mit „sehr hoher menschlicher Entwicklung“, mit „hoher menschlicher Entwicklung“, mit „mittlerer menschlicher Entwicklung“ Länder mit einer „niedrigen menschlichen Entwicklung“. UNDP hat zwischenzeitlich weitere Indizes eingeführt, wie den Index für geschlechtsspezifische Ungleichheit und den Index für mehrdimensionale > Armut.

Im Zentrum von Entwicklung und Entwicklungspolitik steht der Mensch, und zwar nicht nur der homo oeconomicus (auf die wirtschaftliche Dimension verkürzt wäre er ein menschlicher Krüppel), sondern auch der Mensch als zoon politicon (als politisches und soziales Wesen), der homo oecologicus/sustinens (dem Schutz der natürlichen Ressourcen und der ökologischen Nachhaltigkeit verpflichtet) und der homo culturalis, für den Kultur ein Lebens-Mittel ist.

Mannigfache Gründe bzw. Faktoren dafür, warum einzelne Länder ‚arm‘ oder ‚reich‘ sind und zu verschiedenen Einkommensgruppen gehören, lassen sich benennen (s. auch im Anhang dieses Glossars). > Agenda 2030 > Nachhaltige Entwicklung > Theorien > Werte

Holtz 1997a:23-27;; Nuscheler 2000; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016: 13-18 (Menzel); Holtz 2020; www.zef.de; www.inef.uni-die.de; <http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi>; www.palgrave.com/de/journal/41301

EntwicklungshelferInnen > ExpertInnen

Entwicklungshilfe > Entwicklungszusammenarbeit

Entwicklungsindikatoren > Entwicklung

19. **Entwicklungsländer/EL:** Die gängige, aus pragmatischen Gründen auch weiterhin benutzte Unterscheidung in Entwicklungsländer bzw. Entwicklungsökonomien (auch: Partnerländer, was z. B. auch im > AKP-EU-Partnerschaftsabkommen zum Ausdruck kommt) und > Industrieländer stellt nur eine grobe Klassifizierung dar. Es gibt Gründe, alle Länder der Welt als „Entwicklungsländer“ zu bezeichnen, weil sie sich bspw. hinsichtlich des Schutzes der natürlichen Ressourcen auf dem Wege einer besseren > Entwicklung befinden (sollten). Wenn im Allgemeinen von Entwicklungsländern gesprochen wird, sind meist die ärmsten („am wenigsten entwickelten Länder“) oder ärmeren Länder in Afrika, Asien und Lateinamerika sowie nach der > DAC-Definition auch in Europa (wie Albanien oder Moldawien) gemeint. Davon unterschieden werden „Schwellenländer“ (auch: Länder/Ökonomien im Übergang), wie Brasilien, Mexiko, Indien, Indonesien und Südafrika, die vom > BMZ und der Bundesregierung neuerdings als „globale Entwicklungspartner“ (GEP) (früher „Ankerländer“) bezeichnet werden; China nimmt als aufstrebende (Wirtschafts-)Macht eine Sonderrolle ein. Im Rahmen von strategischen Partnerschaften will das BMZ mit diesen Ländern verstärkt in Dialoge über globale Entwicklungsfragen zum gegenseitigen > Interesse eintreten; lt. > BMZ lassen sich nur gemeinsam mit ihnen Antworten auf zentrale Fragen wie globaler Umwelt- und Klimaschutz, Frieden und Sicherheit sowie Beseitigung extremer Armut finden. Das Auswärtige Amt spricht von „neuen Gestaltungsmächten“, zu denen auch die sog. BRICS-Staaten gehören (Brasilien, Russland [kein EL], Indien, China, Südafrika). Fragile Staaten verdienen auch eine besondere entwicklungspolitische Aufmerksamkeit. > Humanitäre (Sofort-)Hilfe (s. im Anhang die DAC-Liste der Entwicklungsländer, S. 27) > Geber(länder)

Holtz 1997a:18-23, 2020; Nuscheler 2012:71-86; Klingebiel 2013; UN World Economic Situation Prospects/WESP 2019; <http://data.worldbank.org/about/country-classifications>; www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-standards/dac-list.htm; www.laenderdaten.info/entwicklungslaender.php; https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/VENRO-Positionspapier_Fragile_Staaten_2019_WEB.pdf

20. **Entwicklungspolitik:** Die klassische Entwicklungspolitik, die Entwicklungspolitik im engeren Sinne, meint die vor allem von > Industrieländern auf der Ebene politischer Handlungen zugunsten der > Entwicklungsländer betriebene öffentliche Entwicklungshilfe („Official Development Assistance“/> ODA“). Oft wird > ‚Entwicklungshilfe‘ durch den neutraleren und auf Partnerschaft abzielenden Begriff der > ‚Entwicklungszusammenarbeit‘ (EZ) ersetzt. (Bisweilen wird unter Entwicklungspolitik allerdings auch die auf Entwicklung zielende Politik eines Entwicklungslandes verstanden, was aber eher missverständlich ist.) Entwicklungspolitik will in den Entwicklungs- und Transformationsländern zur Überwindung von Entwicklungsengpässen, zur Befriedigung von Grundbedürfnissen und zu einer > nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung beitragen und die Selbsthilfekapazitäten in den Partnerländern stärken, damit diese auch die > Globalisierung zu ihrem Vorteil nutzen können. Was die über einen längeren Zeitraum betrachtete Bilanz der Entwicklungspolitik i. e. S. angeht, so lässt sich *grasso modo* – v.a. aufgrund vieler > Evaluierungen und auch Inaugenscheinnahmen des Verfassers) – folgendes Fazit ziehen: Es gibt Glanz und Elend, viele Erfolge, aber auch Halberfolge und Misserfolge, Licht- und Schattenseiten. Das meiste funktionierte und funktioniert gut bis leidlich, aber vieles kann verbessert werden. Auch für die Zukunft gilt: Durch die Anwendung des *Do no harm*-Prinzips („richte keinen Schaden an“) müssen ungewollte, negative, schädliche Wirkungen auch entwicklungspolitischer Maßnahmen vermieden werden.

Worin liegt die Bedeutung der Entwicklungspolitik/Entwicklungszusammenarbeit? Sie kann – richtig und noch wirksamer als bisher eingesetzt – Notsituationen entschärfen helfen und sinnvolle Beiträge der Erreichung der > SDGs leisten. Sie kann als Leichtgewicht im gesamten Entwicklungsprozess nur Anstoßwirkungen und Anreize für eine Verbesserung der Lage der Menschen in den Entwicklungsländern liefern, subsidiär und komplementär zu Eigenanstrengungen sein und als Katalysator von Problemlösungen dienen – nicht mehr, aber auch nicht weniger. Auf jeden Fall ist die Politik in den sog. > Industrieländern aufgerufen, sich für eine qualitativ bessere und quantitativ höhere Entwicklung einzusetzen.

Das > BMZ will in fünf Schlüsselbereichen die Weichen für eine zukunftsfähige > Entwicklung stellen: (i) den Chancenkontinent Afrika stärken; (ii) mit zukunftsfähiger Energie die Ursachen der Armut angehen; (iii) Klimaschutz –

Innovationspotenziale Deutschlands nutzen; (iv) sich in fragilen Ländern im Sinne einer Friedensinvestition engagieren; (v) Innovationskompetenzen von Verantwortungseliten fördern.

Die Corona-Pandemie erfordert auch Reformen und Korrekturen in der Entwicklungspolitik.

Die UNO-Stadt Bonn hat als entwicklungs- und umweltpolitisches Kompetenz- und Kraftzentrum – vor allem mit dem UN-Klimasekretariat (UNFCCC), dem UN-Sekretariat zur Bekämpfung der Wüstenbildung (UNCCD) und dem UN-Freiwilligenprogramm (UNV) – national und international an Bedeutung und Wirkmächtigkeit gewonnen. Deutschland sollte seine Rolle als globaler Akteur auf dem Feld der menschlichen Sicherheit couragierter wahrnehmen.

Unter der Entwicklungspolitik im weiteren Sinne versteht man alle von Industrieländern ins Werk gesetzten politischen Handlungen, die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer haben, also auch z. B. die Außenwirtschafts- und Finanzpolitik, die Rüstungsexport- und die Agrarpolitik. Auch wenn die Entwicklungspolitik i. e. S. nur relativ bescheidene Beiträge zur Entwicklung eines Landes leisten kann und die jeweiligen Eigenanstrengungen relevanter sind, so vermag die Entwicklungspolitik i. w. S. zu einem die Entwicklung förderlichen internationalen Umfeld beizutragen. Hier fällt die Bilanz eher negativ aus. > 0,7-Prozent-Ziel > Probleme > Zivilgesellschaft

Holtz 1994, 1995b; 1997a:15ff, 2000b, 2011b, 2020; Nuscheler 2012, Lindemann 2013, Klingebiel 2015; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016; Krause 2016; Baydag/Klingebiel/Marschall 2018; Concord 2018; Bohnet 2019: 235-262; www.die-gdi.de; www.unbonn.org; www.bonn.de/themen-entdecken/uno-internationales/deutsche-uno-stadt.php; www.humanitarianstudies.no/tag/ethics

21. Entwicklungszusammenarbeit/EZ: Schon seit Jahren wird auch in der regierungsamtlichen Terminologie der Begriff „Entwicklungshilfe“ oft durch den der „Entwicklungszusammenarbeit“ ersetzt, weil er das Paternalistische abstreift und eine „Partnerschaft auf Augenhöhe“ anstrebt. Die EZ, die > Entwicklungspolitik im engeren Sinne, ist ein Leichtgewicht im gesamten Entwicklungsprozess und kann deshalb nur Beiträge, Anstoßwirkungen und Anreize für eine Verbesserung der Lage der Menschen in den > Entwicklungsländern liefern, subsidiär und komplementär zu Eigenanstrengungen sein oder als Katalysator für Problemlösungen dienen. Sie will Beiträge zur Entwicklung, zur Verbesserung der Lebensverhältnisse (einschl. der politischen und menschenrechtlichen) sowie zur Bewältigung von > Problemen, insbesondere zur > Armutsbekämpfung und zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit gegen ökologische und wirtschaftliche Stresssituationen und Schocks (> Resilienz), in den > Entwicklungsländern leisten. Sie wird im Wesentlichen als > Projekt-, > Programm- und > Budgethilfe betrieben und auch im Rahmen der > humanitären Hilfe und Schuldenerleichterung eingesetzt; die Daten der verschiedenen Instrumente werden von der International Aid Transparency Initiative/IATI öffentlich zur Verfügung gestellt. Im internationalen Rahmen wird die staatliche EZ als > ODA bezeichnet und gilt als Sammelbegriff für zinsgünstige Kredite („soft loans“) und Zuschüsse/Geschenke („grants“) von > Industrieländern bzw. > „Gebern“ an Entwicklungsländer (> bilateral Zusammenarbeit) und internationale Entwicklungsinstitutionen (> multilaterale Zusammenarbeit). Die EZ kann nur relativ bescheidene Beiträge zur Entwicklung eines Landes leisten; wichtiger sind die jeweiligen Eigenanstrengungen und ein die Entwicklung förderliches internationales Umfeld. Die Bilanz der EZ wie auch der > Entwicklungspolitik insgesamt weist Licht und Schatten auf. > BMZ > Demokratie > Finanzielle Zusammenarbeit > Nichtregierungsorganisationen > Probleme > Rio-Konventionen > Technische Zusammenarbeit

Holtz 1995a:7-12, 1995b; Kaiser 2003; Nuscheler 2008; Lindemann 2013, Klingebiel 2013; Ashoff 2015; Eckert 2015; Otta-cher/Vogel 2015; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016: 562-600 (Stockmann); Bohnet 2019: 235-242; Sangmeister/Wagner 2019; www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/Veroeffentlichung-gemaess-IATI-Standard/index.html; <https://www.die-gdi.de/inter-und-transnationale-zusammenarbeit>; www.dandc.eu/de

22. Ergebnisorientierte (bzw. ergebnisbasierte) Finanzierung / Results-Based Financing/RBF (auch Performance-Based Financing): Ein Instrument der > Entwicklungszusammenarbeit und des ergebnisorientierten Managements im Sinne der > Paris-Erklärung, das die Erbringung von Leistungen an vorher vereinbarte Ergebnisse bindet, bspw. im Energie-, Gesundheits- und Bildungsbereich des betreffenden Landes – also eine Art Belohnung / Honorierung für erbrachte Leistungsnachweise. Verschiedene RBF-Modalitäten lassen sich unterscheiden, wie z. B. die > Budgethilfe oder auch die Auszahlung nach Erreichen der vereinbarten Resultate (Cash on Delivery/CoD).

Klingebiel 2012; www.die-gdi.de

23. Evaluierung/Evaluation: Bewertung, Beurteilung und Überprüfung der > Entwicklungszusammenarbeit und ihrer Maßnahmen. Ziel ist es, aus Fehlern der EZ zu lernen und insofern ihre Qualität zu erhöhen und zugleich Rechenschaft gegenüber der Öffentlichkeit abzulegen. Viele (unabhängige) Evaluierungen orientieren sich an den

fünf international anerkannten Kriterien und Grundsätzen des Entwicklungsausschusses der OECD, > DAC, gemäß denen gefragt wird: 1. Tun wir das Richtige? (Relevanz); 2. Erreichen wir die Projekt- und Programmziele? (Effektivität); 3. Tragen wir zu übergeordneten entwicklungspolitischen Zielen und Wirkungen bei? (Impact); 4. Handeln wir wirtschaftlich? (Effizienz); 5. Sind die Wirkungen von Dauer? (Nachhaltigkeit). Organisationen wie > GIZ und > KfW erwarten des Öfteren auch die Beantwortung der Frage: Handeln wir arbeitsteilig und abgestimmt mit anderen? (Komplementarität, Koordination, Kohärenz). 2018/19 ergänzte die OECD offiziell ihre fünf Evaluierungskriterien um die > Kohärenz (Wie gut passen die entwicklungspolitischen Maßnahmen zu anderen politischen Maßnahmen?)

Axel Borrmann/Reinhard Stockmann 2009; www.oecd.org/dac/evaluation/daccriteriaforevaluatingdevelopmentassistance.htm; www.oecd.org/dac/evaluation/revision-evaluation-criteria-dec-2019.pdf; www.bmz.de/de/ministerium/evaluierung/index.html; www.deval.org; www.giz.de/de/ueber_die_giz/516.html; www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Evaluierungen/Ergebnisse; https://ec.europa.eu/europeaid/using-our-experience-improve-quality-our-development-engagement_en

24. ExpertInnen: Entsandte Fachkräfte und Spezialisten mit langjähriger Berufserfahrung, die in > Projekten oder > Programmen der internationalen Kooperation arbeiten, als Landesbeauftragte und/oder als Berater für eine längere oder auch kürzere Zeit eingesetzt werden. Sie sind z. B. bei der > Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit oder politischen Stiftungen beschäftigt oder auch freiberuflich tätig. In einer Reihe von Ländern werden Fachkräfte unter Vertrag genommen, die damit arbeits- und tarifrechtlich in die Gastländer integriert sind („integrierte Experten“); sie erhalten aus deutschen öffentlichen Mitteln einen Zuschuss zur sozialen Absicherung und zum ortsüblichen Gehalt. Von den entsandten und freiberuflichen Fachkräften sind „EntwicklungshelferInnen“, die ohne Erwerbsabsicht in Entwicklungsländern Dienst leisten ebenso zu unterscheiden wie ehrenamtlich tätige Senior ExpertInnen (im früheren Berufsleben Fach- und Führungskräfte).

Ottacher/Vogel 2017:68-79; www.bmz.de/de/ministerium/beruf/arbeitsmoeglichkeiten_ausland/fachkraefte.html; www.giz.de/de/jobs/449.html + www.giz.de/de/jobs/24386.html; www.cimonline.de; www.ses-bonn.de

25. Finanzielle Zusammenarbeit/FZ: Die FZ soll vor allem dazu beitragen, das Produktionspotential durch die Bereitstellung von Kapital besser nutzbar zu machen bzw. zu erhöhen. Die FZ ist dem Volumen nach das bedeutendste Instrument der deutschen Entwicklungszusammenarbeit vor der > Technischen Zusammenarbeit; sie wird im Wesentlichen von der Entwicklungsbank der > Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) durchgeführt. Bei der FZ stehen zinsgünstige, langfristige Kredite und seit 1978 auch Zuschüsse für die ärmsten Entwicklungsländer zur Verfügung: für Einzelprojekte, Sektorprogramme, Waren- und Strukturhilfen, zur Refinanzierung von Entwicklungsbanken oder ähnlicher Einrichtungen sowie zur Finanzierung der Einfuhr lebenswichtiger ziviler Güter. > Personelle Zusammenarbeit > Schulden > Technische Zusammenarbeit

Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:508-510 (Stockmann); www.kfw.de/KfW-Konzern/Über-die-KfW/Identität/Geschichte-der-KfW/Themenfelder/Finanzielle-Zusammenarbeit/

26. Flüchtlinge: Migration hat es zu allen Zeiten der Menschheitsgeschichte gegeben; in der letzten Zeit haben die auf verschiedenen Gründen beruhenden Flüchtlingsbewegungen in Teilen der Bevölkerung v.a. der sog. > Industrieländer zu großer Sorge Anlass gegeben.

Die Europäische Assoziation ehemaliger Parlamentsabgeordneter hat der Politik mehrere Überlegungen und Handlungsvorschläge empfohlen: Die Genfer Konvention zur Flüchtlingsfrage, die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der VN und die Europäische Menschenrechtskonvention des Europarates stellen für die meisten Aspekte der Zuwanderungspolitik - ergänzt durch nationale und EU-Regelungen - den Rahmen dar, in dem sich das Handeln und die Lösungsstrategien für die Behandlung der Flüchtlingsfrage auf nationaler und europäischer Ebene zu bewegen hat. Oberstes Gebot ist, Menschenleben zu retten und die Menschenwürde jedes Einzelnen zu wahren und für eine humane, vernunftgemäße Einwanderungspolitik zu werben. Zugleich werden weitere Systeme einer gesteuerten und legalen Zuwanderung gebraucht, um die Gefahr der Überforderung und Überdehnung des Staates und sozialer Systeme sowie der Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaften zu vermeiden. Europäische Solidarität ist in dreifachem Sinne gefordert: (i) gegenüber den Flüchtlingen, die die europäischen politischen Werte zu respektieren haben; (ii) innerhalb Gesamteuropas; (iii) gegenüber den Herkunftsländern, in denen die Gründe für Emigration und Flucht liegen, obwohl auch sie selbst Solidarität zu zeigen haben. Bei der Umsetzung der > Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung sind die internationale Gemeinschaft, die UN-Mitgliedstaaten und die EU, die Zivilgesellschaft und der private Sektor aufgerufen, zur Entwicklung einer besseren Welt beizutragen. Die > Agen-

da 2030 mit ihren 17 nachhaltigen Entwicklungszielen stellt ein vielversprechendes Programm für alle Menschen dar, die nach besseren, menschenwürdigen Lebensverhältnissen in ihren Ländern suchen. Sie trägt mit ihren Zielen, mehr Fairness in den internationalen Handelsbeziehungen zu schaffen sowie interne und externe Friedensbemühungen zu unterstützen, zur Bekämpfung der Fluchtursachen bei. > BMZ

Kortmann 2010; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:358-374 (Nuscheler); European Association of former Members of Parliament (2016); Holtz 2017; BMZ 2018b; www.unhcr.org + www.unhcr.org/dach/de; https://ec.europa.eu/commission/priorities/migration_en, www.bmz.de/de/themen/Sonderinitiative-Fluchtursachen-bekaempfen-Fluechtlinge-reintegrieren/hintergrund/definition_fluechtling/index.jsp

Fragile Staaten > Entwicklungsländer > Humanitäre (Sofort-)Hilfe

27. Frieden: Ein Zustand, in dem die Abwesenheit von Krieg und gewaltsamer Konfliktaustragung herrscht. Gewalt, Krieg und Armut bedingen sich häufig gegenseitig. Darum gilt Friedenspolitik als wichtiger Bestandteil von Entwicklungspolitik. Für die > Agenda 2030 kann es keinen Frieden ohne nachhaltige Entwicklung und keine nachhaltige Entwicklung ohne Frieden geben. Die globale Herausforderung von Frieden und Entwicklung erfordert ein kohärentes Zusammenwirken von Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik im Rahmen des Leitbildes einer global > nachhaltigen Entwicklung und größere Anstrengungen, um zur > menschlichen Sicherheit beizutragen.

Holtz 1984; Nuscheler 2000; Gravingholt 2019; www.inef.uni-die.de; www.sef-bonn.org; www.bicc.de

28. Geber(länder): Die (paternalistische) Bezeichnung für Geber (Länder, Institutionen etc.), die > ODA-Mittel an Entwicklungsländer („Empfängerländer“ – so die nicht gerade partnerschaftliche Bezeichnung für „Nehmer“) bzw. Organisationen der > EZ vergeben. Zu den traditionellen Geberländern gehören die 29 Mitglieder des Entwicklungsausschusses (> DAC) der OECD. Zu den „neuen“ Geberländern zählen außerdem Saudi-Arabien und ein Teil der Golfstaaten, einzelne Schwellenländer, wie Brasilien, China, Indien und die Türkei, die z. T. selbst noch ODA-Empfänger sind. Der DAC der OECD listet in seinem Profilbericht 2019 über 50 Geberländer innerhalb und außerhalb des DAC auf. > Corona-Pandemie > Entwicklungsländer < Paris-Erklärung

Lindsay 2009; www.bmz.de/de/service/glossar/G/geberlaender.html; www.oecd.org/dac/development-cooperation-report/#profiles

29. Gender (mainstreaming): Vom biologischen Geschlecht („sex“) ist das soziale Geschlecht („gender“) zu unterscheiden, das mit gesellschaftlich geprägten und individuell erlernten Geschlechterrollen einher geht. Diese Geschlechterrollen werden durch die soziale, politische, kulturelle und wirtschaftliche Organisation einer Gesellschaft und durch rechtliche und ethisch-religiöse Normen und > Werte bestimmt. Frauen und Männer leben oft in ungleichen Machtverhältnissen - von daher auch die entwicklungspolitische Forderung nach > „empowerment“ der Frauen, die mittlerweile viele > Geber aufgegriffen haben. „Gender Mainstreaming“ bezeichnet den Prozess und die Vorgehensweise, die Geschlechterperspektive in einzelne Politikbereiche, so auch in der Entwicklungspolitik, und in die Gesamtpolitik aufzunehmen. Von großer Bedeutung sind auch spezielle Quoten für Frauen. > Millenniumsentwicklungsziele > Werte

UN Women 2014; Nikola Binder 2014; BMZ 2018; www.gender-zeitschrift.de; www.genderportal.eu

GIZ > Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit

30. Global Governance: Gestaltung globaler Rahmenbedingungen bzw. globale Politikgestaltung und Welt(ordnungs)politik, die die Beziehungen zwischen Staaten, Bürgern, Gesellschaft und Märkten im internationalen Kontext definiert, konstituiert und vermittelt. Global Governance zielt auf die Entwicklung eines Institutionen- und Regelsystems und neuer Mechanismen internationaler Kooperation, die die kontinuierliche Problembearbeitung globaler Herausforderungen und grenzüberschreitender Phänomene erlauben.

Fues/Hamm 2001; Messner/Nuscheler 2003; Wahl 2018; www.die-gdi.de/forschung/projekte/details/globalisierung-und-global-governance-die-neuen-rahmenbedingungen-fuer-die-entwicklungspolitik; www.sef-bonn.org/themen/global-governance.html

Globale Entwicklungspartner (GEP) > Entwicklungsländer

31. Globalisierung: Die den gesamten Globus umspannende Verflechtung des wirtschaftlichen, politischen, sozialen, ökologischen und kulturellen Geschehens mit einer Tendenz zur Intensivierung und Beschleunigung der ent-

sprechenden Vorgänge. Angesichts der Janusköpfigkeit der Globalisierung besteht das generelle Ziel politischen Handelns darin, deren positive Wirkungen zu stärken und die negativen zu bekämpfen. Unter den Bedingungen der Globalisierung kommt der > Entwicklungspolitik eine wichtige, aber nicht zu überschätzende Rolle zu. Die Herausforderung besteht darin, Globalisierung mit > nachhaltiger Entwicklung zu versöhnen, zu einer fairen, humanen, fairen Globalisierung beizutragen und bei der Umsetzung der > SDGs Globalisierungsfallen zu vermeiden. > Handel > Corona-Pandemie

Klingebiel/Randeria 1998; Holtz 1998; Stiftung Entwicklung und Frieden 2015; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:243-243 (Nuscheler); Tetzlaff 2018; www.die-gdi.de/forschung/projekte/details/globalisierung-und-global-governance-die-neuen-rahmenbedingungen-fuer-die-entwicklungspolitik; www.degruyter.com/view/j/jgd

32. Good Governance: Gutes Regierungs- und Verwaltungshandeln (einschl. einer verantwortungsvollen Mittelbewirtschaftung), das > Industrieländer und große internationale Entwicklungsorganisationen von den > Entwicklungsländern fordern (*und für sich selbst gelten lassen müssen*). Die oft anzutreffende Übersetzung "gute Regierung(sführung)" ist unzureichend und greift – wenn es um die staatliche Ebene geht – zu kurz: Eine gute 'Regierung' ohne fähige Verwaltungsinstitutionen auf allen Ebenen vermag nicht Vieles im positiven Sinne zu bewirken, noch nicht einmal bei der Durchführung von Gesetzen.

Deshalb trifft die früher im Französischen anzutreffende Übersetzung „la bonne gestion des affaires publiques“ („gutes Management der staatlichen Angelegenheiten“) besser das Gemeinte als „gute Regierungsführung“; in diesem Sinne wird etwa bei Übersetzungen der EU ins Deutsche von guter bzw. verantwortungsvoller Staatsführung gesprochen.

Governance ist mehr als Government; es bedeutet Regierung und Regieren zugleich und umfasst das Steuerungs-, Regelungs- und Durchführungssystem politisch-gesellschaftlicher Einheiten einschl. der Verwaltungsebene/n und ist nicht nur auf die innerstaatlichen Verhältnisse, sondern auch auf die internationale Ebene zu beziehen.

Nuscheler 2010; Holtz 2013: 51-54; www.bmz.de/de/themen/guteregierung/index.html

GTZ/Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit: Seit 2011 in der > Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit/GIZ aufgegangen

33. Handel: In vielen Bereichen des Handels werden viele Entwicklungsländer immer noch benachteiligt. Aufgrund von Protektionismus, nicht-tarifären Handelshemmnissen und anderen Benachteiligungen werden v. a. schwache Entwicklungsländer daran gehindert, durch Exporte Devisen zu erwirtschaften und von der Erkenntnis zu profitieren, dass Handel besser als Hilfe ist – bzw. dass Einnahmen, die durch den Außenhandel erwirtschaftet werden können, eine selbstbestimmtere Politik im Sinne von > Ownership ermöglichen. Zudem hat die Liberalisierung der Weltmärkte bspw. im Agrarbereich durch Agrar-Dumping (so durch die EU), die Produktion von Agrartreibstoffen und die Spekulation auf Nahrungsmittel oft zu einer Verschlechterung der Ernährungslage und Lebensbedingungen vieler Menschen in Entwicklungsländern geführt. Ein offenes, faires Handelssystem ist ein wesentlicher Bestandteil einer weltweiten Partnerschaft.

Für wichtige internationale Rahmenbedingungen im Arbeitsbereich setzt die bereits 1919 gegründete ILO/International Labour Organisation (Internationale Arbeitsorganisation/IAO) wichtige Standards. Der ‚dreigliedrigen‘ Arbeit der IAO liegt die Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbänden bei der Förderung des sozialen und wirtschaftlichen Fortschritts zugrunde. Der Internationale Gewerkschaftsbund/IBG) unterstützt die ILO bei der Erfüllung ihres Mandats für die Förderung von sozialer Gerechtigkeit und der Rechte und Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weltweit; er unterstützt die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit (Umsetzung internationaler Arbeitsnormen, politische Strategien zur Erreichung von Vollbeschäftigung, sozialer Schutz und sozialer Dialog).

Wichtige globale Akteure des Handels sind die international tätigen Unternehmen (Multinationale Konzerne) und auch jene Unternehmen, die Teile von Liefer- und Wertschöpfungsketten sind, wie die Textilunternehmen. Die positiven Effekte der Akteure sind zu maximieren, die negativen zu minimieren. > BMZ > CSR > Globalisierung > Theorien

Holtz 1978, 2020; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:257-277 (Nuscheler); World Trade Organization 2018, 2019; www.wto.org; www.ilo.org; www.ituc-csi.org; www.bmz.de/de/themen/lieferketten/index.html?follow=adword

Human Development Index/HDI > Entwicklung

34. **Humanitäre (Sofort-)Hilfe:** Sie soll schnell akute Notlagen der Bevölkerung beseitigen oder lindern, die ein Land allein oder sofort nicht selbst meistern kann, unabhängig davon, was die Notlage verursacht hat. Sie will bedrohtes Leben erhalten und der Bevölkerung die allernotwendigsten Güter des täglichen Bedarfs zur Verfügung stellen. In Deutschland verantwortet das Auswärtige Amt (AA) diese Hilfe; seit einer Vereinbarung im November 2011 wird die im > BMZ bislang beheimatete „Entwicklungsorientierte Not- und Übergangshilfe“ mit der Humanitären Hilfe zusammengeführt und zentral aus dem AA gesteuert. Das BMZ will mit dem Instrument ‚Übergangshilfe‘ besonders in Ländern tätig werden, die fragile staatliche Strukturen aufweisen sowie Naturgefahren wie Erdbeben oder den Folgen des Klimawandels ausgesetzt sind.

BMZ 2013; Ottacher/Vogel 2015: 82-86; Auswärtiges Amt 2019; www.bmz.de/de/themen/uebergangshilfe/index.html; <https://ec.europa.eu/echo>

ILO/International Labour Organisation > Handel

35. **Industrieländer/IL:** In der entwicklungspolitischen Diskussion ursprünglich die in der OECD vereinigten westlichen Länder mit einem hohen Industrialisierungsgrad, der im Laufe der letzten Jahrzehnte allerdings immer mehr abgenommen hat und die Bezeichnung „Industrieländer“ fragwürdig erscheinen lässt), und Lebensstandard (auch „entwickelte“ Länder bzw. Ökonomien genannt), die > „Entwicklungshilfe“ (> ODA) an > Entwicklungsländer vergeben; neuerdings werden auch fast alle mittel- und osteuropäischen Länder, Russland und eine Reihe der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion dazugezählt. In ihnen leben rd. 1,2 Milliarden Menschen. Weder Entwicklungs- noch Industrieländer entsprechen dem Leitbild der > nachhaltigen Entwicklung; alle sind mehr oder weniger fehlentwickelt.

UN World Economic Situation Prospects/WESP 2019; <http://data.worldbank.org/about/country-classifications>

36. **Institutionen:** Der Aufbau von Institutionen ist ein essentieller Teil des Entwicklungsprozesses, und zwar in all seinen Dimensionen und umfasst daher z. B. auch die politischen Institutionen. „Institution Building“ gilt als eine wichtige Aufgabe der > Entwicklungspolitik. Die > Agenda 2030 bestimmt leistungsfähige, transparente, inklusive und rechenschaftspflichtige Institutionen auf allen Ebenen als integralen Bestandteil von > Entwicklung.

United Nation General Assembly 2015; www.uni-bonn.de/forschung/forschungsprofil/individuen-institutionen-und-gesellschaften

37. **Interessen:** Auf die staatliche Ebene bezogen, ist jede Politik zugleich Interessenpolitik – auch die > Entwicklungspolitik, die in das Gesamtgeflecht der auswärtigen Beziehungen eingebettet ist und wie andere Politikbereiche dem grundgesetzlichen Auftrag unterliegt, deutschen Interessen zu dienen und den Nutzen des deutschen Volkes zu mehren. Klassische, oft „realistisch“ genannte Außenpolitik verfolgt primär die Eigeninteressen eines Landes. Zu ihnen gehören vorrangig die Maximierung der nationalen Sicherheit, Wohlstand und das Streben nach Macht und Einfluss im Sinne einer Sicherung „nationaler“ Interessen. Die bundesdeutsche Außenpolitik zwang zu Zeiten des Kalten Krieges der Entwicklungspolitik die Verfolgung des deutschen Alleinvertretungsanspruchs auf (Hallstein-Doktrin). Der Außenwirtschaftspolitik der export- und rohstoffabhängigen Bundesrepublik ging und geht es vor allem um einen offenen Welthandel, die Ausweitung von Exporten und Investitionen und um sicheren und preiswerten Bezug von > Rohstoffen. Zur Dauererkenntnis der Entwicklungspolitik gehört jedoch: Es geht nicht so sehr um Eigeninteressen versus Interessen der anderen, sondern um einen fairen Interessenausgleich, bei dem möglichst beide Seiten gewinnen. Hier scheiden sich Partei- und Gruppeninteressen einer egoistischen Kurzstreckenpolitik von einer auch an den kommenden Generationen orientierten Langfristpolitik. Zudem geht es um einen Ausgleich der Interessen zwischen wirtschaftlichen, sozialen, ökologischen und menschenrechtsbasierten Fragen. Gemäß dem > BMZ verbindet die deutsche Entwicklungspolitik Interessen mit > Werten. > Konditionalisierung

Holtz 1997c; Schmidt 2015; <http://globalinterests.org>

Internationaler Gewerkschaftsbund/IBG > Handel

Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH/InWEnt: Seit 2011 in der > Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit/GIZ aufgegangen

38. **Klimawandel:** Veränderung des Klimas auf der Erde über einen längeren Zeitraum. Die negativen Folgen des besonders durch die Erderwärmung verursachten Klimawandels stellen eine Herausforderung für die > EINE Welt dar. Die Erwärmung bedroht – so Lester Brown vom Earth Policy Institute in Washington – nicht nur den Lebens-

raum, sie bedroht auch Freiheit und > Demokratie. Eine bedeutende Rolle in der öffentlichen und politischen Debatte über den maßgeblich von Menschen verursachten Klimawandel spielt der Weltklimarat IPCC/Intergovernmental Panel on Climate Change, das zentrale UN-Gremium, das Regierungen und politische Entscheider bei der Bewertung wissenschaftlicher Forschungen und Ergebnisse zum Klimawandel berät.

Hauptverursacher der schädlichen und den Wandel beschleunigenden Treibhausgasemissionen sind die Industrieländer und Schwellenländer wie China; aber viele Entwicklungsländer und die ärmsten Bevölkerungsschichten, gerade in Subsahara-Afrika, sind die Hauptleidtragenden. Gemäß dem (Klimaschutz-)Abkommen von Paris (2015) besteht das primäre Ziel der internationalen Klimapolitik in der Begrenzung der globalen Erderwärmung auf (höchstens) zwei Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau. Aufgabe der Entwicklungspolitik bzw. der Entwicklungszusammenarbeit ist es, durch ihre Maßnahmen klimaverträgliche Entwicklungspfade zu fördern sowie zur Erreichung globaler Entwicklungsziele und einer „grünen“ Ökonomie beizutragen. > BMZ > Entwicklungspolitik > Humanitäre (Sofort-)Hilfe > Millenniumsentwicklungsziele/Nachhaltige Entwicklungsziele > Rio-Konventionen

Holtz 1989, 2007; UNFCCC 2015; Dröge 2016; BMZ 2018b; www.ipcc.ch/www.de-ipcc.de; www.bmu.de/themen/klima-energie/klimaschutz/internationale-klimapolitik/pariser-abkommen; www.bmz.de/de/themen/klimaschutz/index.html?follow=adword; https://ec.europa.eu/clima/policies/international/negotiations/paris_en <https://germanwatch.org/de/cop21>; <https://unfoundation.org/blog/post/climate-change-whats-at-stake>

39. Kohärenz: Gleichgerichtete, interne und externe Anstrengungen/Interventionen innerhalb eines Politikfeldes (hier der Entwicklungspolitik) und zwischen verschiedenen Politikfeldern. > Probleme und Defizite bei der „inneren“ Kohärenz sind zwischen verschiedenen entwicklungspolitischen Akteuren innerhalb eines (Geber-)Staates, zwischen unterschiedlichen Geberstaaten, zwischen den verschiedenen internationalen Organisationen und zwischen > Gebern und > Empfängern zu beklagen. Probleme der „äußeren“ Kohärenz bei der > Entwicklungspolitik beziehen sich vor allem auf die Sicherheitspolitik, die Außenwirtschafts- und internationale Finanzpolitik sowie die Landwirtschafts- und Umweltpolitik. > Agenda 2030 > Evaluierung

Holtz 1997a:32f; Guido Assoff 2005; Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung/GKKE 2013; https://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development_en

40. Konditionalisierung/Konditionalität > Ownership

41. Kreditanstalt für Wiederaufbau/KfW Entwicklungsbank: Die KfW, die im Eigentum von Bund und Ländern steht und ihren Hauptsitz in Frankfurt hat, ist eine Förderbank für die eigene Volkswirtschaft und eine Entwicklungsbank für die > Entwicklungsländer. Seit 2003 tritt sie als „KfW-Bankengruppe“ auf: Die neue Struktur steht auf mehreren Säulen, u. a. auf der Förderung von Entwicklungs- und Transformationsländern unter den Marken KfW-Entwicklungsbank, die überwiegend öffentliche Institutionen in den Partnerländern unterstützt (sie ist die wichtigste Durchführungsorganisation der > Finanziellen Zusammenarbeit) und DEG-Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (mit Sitz in Köln), die private Unternehmen fördert. > Evaluierung

Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:524-527 (Stockmann); Noltze/Euler/Verspohl 2018; www.kfw.de, www.kfw-entwicklungsbank.de

42. Kultur: Die UNESCO-Generalkonferenz hatte 2001 bekräftigt, dass „Kultur als Gesamtheit der unverwechselbaren geistigen, materiellen, intellektuellen und emotionalen Eigenschaften angesehen werden sollte, die eine Gesellschaft oder eine soziale Gruppe kennzeichnen, und dass sie über Kunst und Literatur hinaus auch Lebensformen, Formen des Zusammenlebens, Wertesysteme, Traditionen und Überzeugungen umfasst.“ Jede > Entwicklung muss kulturbewusst sein; denn jede Art von Entwicklung hat kulturelle Gegebenheiten zu beachten, Raum für kulturelle Entfaltung zu geben und sich offen für den kulturellen Wandel zu zeigen. Für die > Entwicklungszusammenarbeit geht es darum, bei ihren Maßnahmen die kulturelle Dimension auf allen Ebenen zu integrieren. > BMZ > Entwicklung > Partizipation > Theorien

Wilhelm 2010a; Holtz 2015; <http://kulturglossar.de/html/k-begriffe.html>

Länderprogrammierbare Hilfe > CPA/Country Programmable Aid

43. Lieferbindung / Aid Tying: Verpflichtung des > Empfängerlandes, Waren und Dienstleistungen, die aus der > ODA finanziert werden, im > Geberland einzukaufen. Diese Lieferbindung kann dabei entweder formell (als Bestandteil des Kredit- oder Zuschussbetrages) oder informell (als nicht-vertragliche Absprache und Maßnahme, die

zur Beschaffung im vom Geber gewünschten Land führen) erfolgen. Entwicklungsländer fordern den Verzicht auf Lieferbindungen.

Meeks 2018; www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-standards/untied-aid.htm

Lieferketten > > BMZ

Marktwirtschaft > Entwicklung

Marshallplan mit Afrika > AKP-EU-Partnerschaftsabkommen > BMZ > Probleme

44. **Menschenrechte:** Menschenrechte sind dem Menschen und seinem Handeln inne wohnende Werte. Sie machen die Essenz dessen aus, was > Entwicklung eigentlich ist. Sie sind die Kompassnadel für Entwicklung – und im Übrigen auch für eine humane > Globalisierung. Wer Menschenrechte unterdrückt, behindert Entwicklung und eine erfolgreiche > EZ. Dabei ist von drei Arten/Generationen/Kategorien von Menschenrechten auszugehen: den politisch-bürgerlichen Freiheitsrechten; den wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten; den „neuen“ Rechten, wie dem Recht auf Entwicklung oder dem Recht auf eine gesunde Umwelt. Die UN-Konferenz über Menschenrechte in Wien 1993 hatte festgehalten: „Alle Menschenrechte sind allgemeingültig, unteilbar, bedingen einander und bilden einen Sinnzusammenhang. ... Demokratie, Entwicklung und Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten bedingen und stärken einander.“ Wichtige Menschenrechtsübereinkommen – wobei die UN-Übereinkommen als „International Bill of Human Rights“ gelten – sind: Die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, am 10. Dezember 1948 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommen; der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (Zivilpakt) und der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte“ (Sozialpakt) der Vereinten Nationen von 1966; außerdem die „Konvention zum Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ des Europarats von 1950, die „Amerikanische Konvention über Menschenrechte“ von 1969 und die afrikanische „Banjul Charta der Menschenrechte und Rechte der Völker“ von 1982. Besonders die Entwicklungsländer haben sich für die 1986 von der UN-Generalversammlung verabschiedeten „Erklärung über das Recht auf Entwicklung“ eingesetzt. > Agenda 2030 > BMZ > Demokratie

Holtz 1997b, 2020; GIZ 2019; www.un.org/en/sections/issues-depth/human-rights; www.institut-fuer-menschenrechte.de

45. **Menschliche Sicherheit / Human Security:** Der Begriff ist vom Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen im Entwicklungsbericht 1994 als Leitbegriff präsentiert worden. Die internationale Nichtregierungsorganisation Society for International Development (SID) zählte zu den ersten in einer breiteren Öffentlichkeit, die die Trennung von Entwicklung und Sicherheit beklagten, das „Global Human Security“-Konzept propagierten und zusammen mit dem Deutschen Bundestag im September 1993 eine Europäische Parlamentarierkonferenz zu dem Thema durchführten. In der Schlusserklärung der Konferenz wird menschliche Sicherheit definiert als das Fehlen jeglicher Bedrohung von Leben, Lebensweise und Kultur der Menschen durch die Erfüllung ihrer Grundbedürfnisse. Sicherheit basiere auf der Verwirklichung der Menschenrechte und auf umweltverträglichem und sozial gerechtem Fortschritt. > Entwicklungspolitik

Holtz 1997a: 27; United Nations General Assembly 2013; www.un.org/humansecurity/what-is-human-security; www.un.org/humansecurity/reports-resolutions

46. **Millenniumsentwicklungsziele - Millennium(s)-Entwicklungsziele/MEZ – Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals/SDGs):** Im September 2000 hatten 189 Mitgliedstaaten die Millenniumserklärung der Vereinten Nationen verabschiedet, die eine Reihe von Millenniumszielen (Millennium Development Goals/MDGs) enthielt und die 2001 von den VN zu acht Zielen mit zuletzt 21 Zielvorgaben verdichtet worden sind. Die Ziele bildeten den seinerzeit wichtigsten Rahmen für die weltweite > Entwicklungspolitik bzw. > Entwicklungszusammenarbeit und eine menschenzentrierte > Entwicklung, stellten aber keine umfassende, sondern eine defekte Vision für eine bessere Welt dar, weil hier - im Gegensatz zur Millenniumserklärung - dafür unerlässliche Elemente wie > Demokratie und > Frieden fehlten.

Die MEZ sahen vor: (1) Beseitigung von extremer Armut und Hunger, (2) Verwirklichung der allgemeinen Primarschulbildung, (3) Förderung der Gleichstellung und Stärkung von Macht und Einfluss (> Empowerment) der Frauen, (4) Senkung der Kindersterblichkeit, (5) Verbesserung der Gesundheit von Müttern, (6) Bekämpfung von HIV/AIDS, Malaria und anderen Krankheiten, (7) Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit und (8) Aufbau einer weltweiten Entwicklungspartnerschaft. Diese acht Ziele wurden mittlerweile durch insgesamt 21 Zielvorgaben und rd. 60 Indikatoren präzisiert und konkretisiert, so z. B. in Bezug auf MEZ 1 *Zielvorgabe 1*: Zwischen 1990 und

2015 den Anteil der Menschen halbieren, deren Einkommen weniger als 1 Dollar (mittlerweile auf 1,25 Dollar angepasst) pro Tag beträgt; *Zielvorgabe 2*: Produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle, einschließlich Frauen und junger Menschen, verwirklichen; *Zielvorgabe 3*: Zwischen 1990 und 2015 den Anteil der Menschen halbieren, die Hunger leiden. Und bei MEZ 8 beziehen sich die Zielvorgaben u. a. auf die Entwicklung eines offenen, regelgestützten und nicht-diskriminierenden Handels- und Finanzsystems, auf Schuldenerleichterungen, auf großzügigere öffentliche Entwicklungshilfe und einen besseren Technologietransfer bei der Zusammenarbeit mit dem Privatsektor.

Die Millenniumsziele und die Millenniumserklärung haben auch der politischen Gestaltung der > Globalisierung Leitplanken geliefert, eine inhaltliche Fokussierung der Entwicklungsanstrengungen bewirkt, der internationalen Entwicklungspolitik eine neue Dynamik verliehen und den Druck auf die verschiedenen Akteure verstärkt. Die Verständigung auf die acht MEZ war ein großer Schritt in Richtung auf einen „globalen Gemeinwillen“ („volonté générale mondiale“), der das „Globalwohl“ repräsentiert und auf der Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern beruht, von der schon 1980 Willy Brandt und seine Nord-Süd-Kommission in dem Bericht „Das Überleben sichern“ sprachen. Die MEZ bleiben – trotz gewisser Enttäuschungen bei der Realisierung – wichtig; sie boten Orientierung für staatliche und nichtstaatliche, nationale und internationale Akteure und Richtgrößen zur Bewertung von Entwicklungsanstrengungen und -erfolgen. Sie trugen mit ihren überprüfbareren inhaltlichen und zeitlichen Vorgaben – die meisten Ziele sollten bis 2015 realisiert werden – dazu bei, die internationale Gemeinschaft auf lokaler, nationaler, regionaler und globaler Ebene zu mobilisieren, und dienten als Handlungsanleitung. Für UNO-Generalsekretär Ban Ki-Moon fällt die kollektive Bilanz in einigen Ländern und Bereichen recht positiv aus; allerdings sind immer noch viele Defizite zu beklagen und auch wegen verschiedener internationaler Krisen schwerer zu überwinden. In der letzten Jahren vor 2015 hatten verschiedene Akteure – von der UNO bis zur nationalen Ebene – eine „Post-2015-Entwicklungsagenda“ diskutiert, die letztlich zu einer größeren Anzahl nachhaltiger Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals/SDGs) geführt hat – unter Einschluss präzisierter ‚alter‘ MEZ.

Die von der UN-Generalversammlung eingesetzte „Offene Arbeitsgruppe über die Ziele für nachhaltige Entwicklung“ hatte im Juli 2014 ihren Vorschlag für 17 Ziele und 169 Unterziele/Zielvorgaben vorgelegt. Diese Ziele wurden auf dem Gipfeltreffen der Vereinten Nationen in New York am 18.9.2015 angenommen und am 25.9.16 von der UN-Generalversammlung im Rahmen der Resolution unter dem Titel „Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ verabschiedet. Die 17 Ziele beinhalten (in Anlehnung an die 8 MEZ) zentrale Entwicklungs Herausforderungen wie die Abschaffung der Armut (Ziel 1) und des Hungers (Ziel 2), Gesundheit und Wohlergehen (Ziel 3), hochwertige Bildung (Ziel 4), Geschlechtergerechtigkeit und > *empowerment* von Frauen und Mädchen (Ziel 5), Wasser und Sanitärversorgung (Ziel 6) und eine bezahlbare, nachhaltige Energieversorgung (Ziel 7). Als primär wirtschaftliche Ziele wurde die Förderung eines dauerhaften, inklusiven, nachhaltigen Wirtschaftswachstums, der Vollbeschäftigung und menschenwürdiger Arbeit (Ziel 8) sowie einer belastbaren [*resilient*] Infrastruktur und nachhaltigen Industrialisierung (Ziel 9) aufgenommen. Ferner geht es um die Verringerung der Ungleichheit zwischen und innerhalb einzelner Länder (Ziel 10), um inklusive, sichere, widerstandsfähige [*resilient*] und nachhaltige Stadt- und Siedlungsentwicklung (Ziel 11), nachhaltige Produktions- und Konsummuster (Ziel 12), die Bekämpfung des Klimawandels (Ziel 13), die nachhaltige Entwicklung und Nutzung der Ozeane und Meere (Ziel 14), Schutz und nachhaltige Nutzung der Ökosysteme und Wälder, Bekämpfung der Wüstenbildung und Beendigung der Bodendegradation und Schutz der Artenvielfalt (Ziel 15) sowie die Förderung friedlicher und inklusiver Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung, den Zugang zur Justiz für alle Menschen sowie um effektive, rechenschaftspflichtige Institutionen auf allen Ebenen und wesentliche Elemente einer Demokratie (Ziel 16). Mit Ziel 17 sollen schließlich die Mittel zur Umsetzung gestärkt und die globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung revitalisiert werden. > Agenda 2030

Nuscheler/Roth 2006; Holtz 2010, 2013 und 2018; Debiel 2018; Welt-Sichten 2020; www.un.org/millenniumgoals/bkqgd.shtml; <https://sustainabledevelopment.un.org/post2015/transformingourworld>

47. Multilaterale Zusammenarbeit: Dabei handelt es sich im Wesentlichen um die > Entwicklungszusammenarbeit der Vereinten Nationen und ihrer Organisationen, der internationalen Entwicklungsbanken und der EU. > Bilaterale Zusammenarbeit

Nuscheler 2012: 341-362; www.bmz.de/de/service/glossar/M/multilaterale_zusammenarbeit.html

48. Nachhaltige(, menschenwürdige) Entwicklung: Eine Entwicklung, die qualitativ und quantitativ so verläuft, dass die Entwicklungschancen künftiger Generationen nicht beeinträchtigt werden. Nachhaltige Entwicklung ist

mittlerweile national wie international zum neuen Entwicklungsleitbild avanciert. Der Brundtland-Bericht von 1987 (so nach der Kommissionsvorsitzenden, der damaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland, benannt) versteht unter „sustainable development“ eine Entwicklung, die die Bedürfnisse der heutigen Generation befriedigt, ohne die Möglichkeiten zukünftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen. Auf der UNO-Konferenz über Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro 1992 avancierte „nachhaltige Entwicklung“ zum Leitbegriff der in Rio angenommenen > Agenda 21. Die Definition dieses neuen Entwicklungsparadigmas umfasst zumindest vier Dimensionen von > Entwicklung. Folgerichtig ist das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung als ein Konzept zu verstehen, das die Verbesserung der ökonomischen, sozialen und politischen Lebensbedingungen der Menschen mit der langfristigen Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen in Einklang bringt und eigtl. dem neuen Paradigma einer „nachhaltigen, menschenwürdigen Entwicklung“ (U. Holtz) sowie der Zukunftsfähigkeit von Gesellschaften und der > Einen Welt verpflichtet ist. > Agenda 2030 > Entwicklung > Rio-Konventionen > Theorien

Holtz 1997a; 2015, 2018; Landesregierung NRW 2012; Bundesregierung 2018; www.zef.de; www.bonn-alliance.uni-bonn.de

Nachhaltige Entwicklungsziele/SDGs > Millenniumsentwicklungsziele

49. Nachhaltigkeit / nachhaltige Wirksamkeit: Nachhaltigkeit [hier ein eigtl. verwirrender Begriff, weil er nicht im Rio-Sinne von > nachhaltiger Entwicklung gemeint ist] bzw. nachhaltige (= dauerhafte) Wirksamkeit in der > Entwicklungszusammenarbeit ist dann gegeben, wenn der Projektträger und/oder die Zielgruppe in der Lage sind, nach Beendigung der finanziellen, organisatorischen und/oder technischen Unterstützung von außen die Projektaktivitäten eigenständig mit positiven Ergebnissen über eine insgesamt wirtschaftlich angemessene Nutzungsdauer weiterzuführen. Von dauerhafter Wirksamkeit kann auch dann gesprochen werden, wenn die EZ eine Selbsthilfe unterstützt, die zu dauerhaften Erfolgen führt bzw. solche Erfolge anstößt. Bei > Evaluierungen zählt die nachhaltige Wirksamkeit zu den Bewertungskriterien der > EZ.

Holtz 2000c; Noltze/Euler/Verspohl 2018; www.oecd.org/dac/evaluation/daccriteriaforevaluatingdevelopmentassistance.htm

50. Nichtregierungsorganisationen/NRO: Nichtregierungsorganisationen (Non-Governmental Organizations/NGOs) sind Verbände oder Gruppen, die gemeinsame Interessen vertreten, nicht gewinnorientiert und nicht von Regierungen oder staatlichen Stellen abhängig sind; sie sind Teil der > Zivilgesellschaft. Generell lassen sich nach den besonderen Schwerpunkten ihrer Aktivitäten folgende Typen unterscheiden: Nichtregierungsorganisationen, deren Fokus auf der anwaltschaftlichen Vertretung der Interessen der Partner im Süden liegt („advocacy“- und Lobby-Arbeit), die Bewusstseinsbildung und „Entwicklungs“-Erziehung in das Zentrum rücken und solche, die selbst operationell in den Entwicklungsländern tätig sind, also z. B. Entwicklungsprojekte im gesundheitlichen oder schulischen Bereich betreiben.

Die wichtigsten NGOs im entwicklungspolitischen Bereich Deutschlands sind: (1) Die beiden großen christlichen Kirchen, (2) Freie Träger, (3) Aktionsgruppen, (4) Lobby-Organisationen, (5) die politischen Stiftungen (wegen ihrer Nähe zu den im Bundestag vertretenen Parteien werden sie auch als Quasi-NGOs = QUANGOs bezeichnet). Viele von ihnen sind Mitglieder von VENRO, dem „Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen“ (früher: „Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen“) oder haben sich bspw. zur „Bundeskoordination Internationalismus“ (BUKO) lose zusammengeschlossen. Die wichtige Rolle von NRO wird mittlerweile von Regierungen, internationalen Behörden und auch auf internationalen Konferenzen anerkannt. > Entwicklungszusammenarbeit

Nuscheler 2012:378-389; Ottacher/Vogel 2015:56-62; Bundeszentrale für politische Bildung 2017; www.venro.org

51. 0,7-Prozent-Ziel: Basierend auf einer Empfehlung der Pearson-Kommission forderte die UNO-Generalversammlung am 24. Oktober 1970 in Resolution 2626/XXV (Tz. 43) die „wirtschaftlich fortgeschrittenen Länder“ auf, mindestens 0,7 % des Bruttonationalprodukts (heute: Bruttonationaleinkommen) den > Entwicklungsländern in Form öffentlicher Entwicklungshilfe (> ODA) netto zur Verfügung zu stellen (damals lag der Anteil bei rd. 0,35 %) und die größten Anstrengungen zu unternehmen, dieses Ziel bis Mitte der zweiten Entwicklungsdekade (1971-80) zu erreichen. Das Ziel wurde *in toto* noch nie erreicht (2014: 0,29 % = 135,2 Mrd. US-\$) – aber immerhin von einigen Industrieländern sogar überschritten: Schweden, Luxemburg, Norwegen, Dänemark und Großbritannien; Deutschland stellte 0,41 % zur Verfügung (= 16,25 Mrd. US-\$). Vier Jahre später, 2018, lauteten für alle >DAC-Länder zusammen die Zahlen wie folgt: 0,31 % = 149,32 Mrd. US-\$ (das 0,7%-Ziel überschritten Schweden, Lu-

xemburg, Norwegen und Dänemark); Deutschland erreichte: 0,61 % = 25,89 Mrd. US-\$. (s. auch die aktuellen Tabellen und Grafiken im Anhang, S. 22f)

Die Politik in den „wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern“ ist aufgerufen, sich für eine qualitativ bessere und quantitativ höhere Entwicklungspolitik einzusetzen.

United Nations General Assembly 1970; www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-standards/ODA-history-of-the-0-7-target.pdf

52. ODA/Official Development Assistance: Öffentliche, d.h. staatliche > Entwicklungszusammenarbeit, die > Entwicklungsländern und -gebieten aus Steuermitteln der > Industrieländer in Form von Zuschüssen und zinsgünstigen Krediten zufließt, wobei das Ziel, > 0,7-Prozent des Bruttonationaleinkommens für die > Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung zu stellen, sowohl international als auch von der Bundesregierung immer wieder anerkannt wird. Für die Berechnung der ODA-Quote sind die Nettoleistungen maßgebend, d. h. dass Rückflüsse (= v. a. Tilgung von Darlehen/zinsgünstigen Leistungen) von der ODA abgezogen werden. Bei der ODA – und damit auch bei der ODA-Anrechnungsfähigkeit/Anrechenbarkeit – handelt es sich nach der Definition des Entwicklungsausschusses der OECD (> DAC) um (i) unentgeltliche oder zinsgünstige mit einem Zuschuss- bzw. Schenkungselement von mindestens 25 Prozent versehene Leistungen an Entwicklungsländer, regionale- oder multilaterale Organisationen, (ii) die von öffentlichen bzw. staatlichen Stellen (auch von Ländern und Gemeinden) gewährt werden und (iii) in erster Linie der Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards dienen.

Nach den DAC-Melderichtlinien sind auch Schuldenerlasse, Verwaltungskosten, Kosten (des ersten Aufenthaltjahres) für > Flüchtlinge aus Entwicklungsländern in Deutschland und Kosten für Studierende aus Entwicklungsländern anrechenbar; nicht anrechenbar sind Kosten für die Militärhilfe, die Förderung eigener Wirtschaftsinteressen oder die Abschiebekosten von Flüchtlingen. Die ODA grenzt sich von Kapitaltransfers der privaten Wirtschaft, wie Direktinvestitionen, ebenso ab wie von solchen öffentlichen Leistungen, die zu Marktbedingungen erfolgen. In der jüngsten Zeit diskutiert der Entwicklungsausschuss > DAC Neudefinitionen und -berechnungen. Die neue Kategorie TOSSD (Total Official Support for Sustainable Development) soll in Ergänzung zur ODA die gesamte Entwicklungsfinanzierung umfassen, die v.a. der Implementierung der > Agenda 2030 dient (so dem Klima, der Süd-Süd-Kooperation und der Mobilisierung privaten Kapitals). > 0,7-Prozent-Ziel; > CPA/Länderprogrammierbare Hilfe > s. auch die Tabellen und Grafiken im Anhang

Nuscheler 2012: 311-317; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:500-508 (Stockmann); <http://devinit.org/wp-content/uploads/2019/04/aid-spending-by-DAC-donors-in-2018.pdf>; www.oecd.org/dac/stats/What-is-ODA.pdf; <https://data.oecd.org/oda/net-oda.htm>; www.oecd.org/development/tossd.htm

OECD > DAC

Öffentliche Entwicklungshilfe > ODA

Ordnungspolitik > Entwicklung

53. Ownership - Eigentümerschaft: Oft nicht ganz treffend mit Eigenverantwortung oder Selbstbestimmung übersetzt. Besagt in der > Entwicklungszusammenarbeit, dass die Verantwortung der Partner im > Entwicklungsland für Vorhaben der > Entwicklungszusammenarbeit gestärkt, ihre Partizipation gesichert werden soll und ihnen die Vorhaben „gehören“ sollen („Eigentümerschaft“). Konditionalitäten bezeichnen die Bedingungen, die an die Vergabe von Krediten und entwicklungspolitischen Leistungen geknüpft werden; sie gehören zu den umstrittensten Aspekten der internationalen Zusammenarbeit und stehen in einem Spannungsverhältnis zur „Eigentümerschaft“. > Interessen > Partizipation

Wilhelm 2010; Hackenesch 2019; www.die-gdi.de/en/the-current-column/article/ownership-for-sustainable-development-cooperation

54. Paris-Erklärung - Paris Declaration on Aid Effectiveness: Die Gebergemeinschaft hat zusammen mit den > Entwicklungsländern die Bedeutung einer stärkeren Wirkungsorientierung/Effizienzsteigerung in der Paris-Erklärung über die Wirksamkeit der EZ (2005) hervorgehoben und in den folgenden Jahren mehrfach bekräftigt. Auf einem von OECD und > DAC, UN-Organisationen, Weltbank und Regionalbanken ausgerichteten „High Level Forum on Aid Effectiveness“ verständigten sich Anfang März 2005 mehr als hundert bi- und multilaterale > Geber und Partnerländer auf die „Paris-Erklärung zur Wirksamkeit der Hilfe“. Die Erklärung, ein politisches Aktionsprogramm, beruht auf einen umfassenden Katalog von Partnerschaftsleistungen, Fortschrittsindikatoren und folgen-

den fünf Grundsätzen: (1) Eigentümerschaft (> Ownership): Die > Entwicklungsländer legen selbst ihre Entwicklungsstrategien fest, verbessern ihre Institutionen und bekämpfen die Korruption. (2) Partnerausrichtung (Alignment): Die > Geberländer erbringen ihre Unterstützung im Einklang mit diesen Zielen und nutzen die lokalen Systeme. (3) Harmonisierung (Harmonisation): Die Geberländer koordinieren ihre Aktionen, vereinfachen die Verfahren und tauschen Informationen aus, um Doppelarbeit zu vermeiden. (4) Ergebnisorientiertes Management / Ergebnisorientierung (Managing for Results): Das Hauptaugenmerk der Entwicklungsländer und der Geber liegt auf der Erzielung und Messung von Ergebnissen. (5) Gegenseitige Rechenschaftspflicht (Mutual Accountability): Geber wie Partnerländer legen Rechenschaft über die Entwicklungsergebnisse ab. Die Paris-Erklärung ist auf Folgekonferenzen in Accra (2008) und Busan (2011) überprüft, bestätigt, bekräftigt und neu justiert worden. In der Abschlusserklärung von Busan für eine effektive Entwicklungszusammenarbeit wird nicht nur das Ziel einer umfassenden Partnerschaft aller Akteure betont, sondern auch erstmals die Rolle neuer > Geber (aufsteigender Ökonomien wie Brasilien, China und Indien) anerkannt und als Süd-Süd-Entwicklungszusammenarbeit gewürdigt. Eine Bestandsaufnahme der erreichten Paris-Ziele kommt bislang zu einem unbefriedigenden Ergebnis.

Ashoff 2015; Kleffmann 2019; www.oecd.org/dac/effectiveness/parisdeclarationandaccraagendaforaction.htm

Parlamentarischen Versammlung bei den Vereinten Nationen (United Nations Parliamentary Assembly/UNPA)
> Demokratie

55. Partizipation: Mitwirkung am politischen Prozess und Teilhabe an materiellen und kulturellen Gütern einer Gesellschaft. In der > Entwicklungszusammenarbeit ist Partizipation sowohl Ziel als auch Gestaltungsprinzip; die Verwirklichung des Partizipationsprinzips bedeutet, die entwicklungspolitischen Maßnahmen so früh wie möglich gemeinsam mit den Betroffenen zu planen, durchzuführen und zu evaluieren. > Ownership

Holtz 2018; www.partizipation.at/partizipation_dco.html

Partnerländer > Entwicklungsländer

Politische Stiftungen > Nichtregierungsorganisationen

56. Personelle Zusammenarbeit: Die Entsendung von Fachkräften, Entwicklungsexperten, Integrierten Experten, Entwicklungshelfern in Entwicklungsländern, die Aus- und Fortbildung von Personen/Fachkräften aus den Entwicklungsländern, die Unterstützung von privatwirtschaftlichen Existenzgründungen und Maßnahmen der Reintegration. > Budgethilfe > Projekthilfe > Technische Zusammenarbeit

Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:511ff (Stockmann); www.engagement-global.de

Post-2015-Entwicklungsagenda > BMZ > Millenniumsentwicklungsziele/SDGs

57. Probleme: Ein Problem ist ein Zustand, der als negativ angesehen wird und eine Veränderung zum Positiven erfordert, wie z. B. Armut und Hunger, Raubbau an der Natur und Klimawandel, endemische Krankheiten oder auch undemokratische, die Menschenrechte verletzende Regime. In der > Entwicklungszusammenarbeit und der > Entwicklungspolitik i. w. S. lassen sich zwei Arten von Problemen unterscheiden: (i) Jene, die bei den > Gebern liegen, wie z. B. das Volumenproblem (zu niedrige entwicklungspolitische Leistungen > ODA-Quote), eine nicht befriedigende Qualität und unzureichende > Wirksamkeit der EZ, eine zu große Aufsplitterung der Organisationsstruktur der staatlichen Entwicklungspolitik, eine mangelhafte Koordinierung und > Kohärenz; aber auch eine Rezeptur für Entwicklung, die die falsche Medizin verordnet (Washington-Konsensus), und eine für die Entwicklungsländer benachteiligende Weltwirtschafts- und Finanzordnung. (ii) Mängel und Defizite in > Entwicklungsländern, wie z. B. die unzureichende Einpassung von > Projekten und > Programmen der EZ in die eigenen Entwicklungsstrategien, Defizite der einheimischen Trägerinstitution und im Bereich der Zielgruppen, unzureichende politische und gesetzliche Rahmenbedingungen im Fördersektor, zu geringe Anstrengungen bei der Entwicklung von Fähigkeiten der eigenen Bevölkerung und eigener Institutionen, schlechtes Regierungs- und Verwaltungshandeln (also das Fehlen von > Good Governance), hohe Verschuldung, weit verbreitete Korruption, mangelhafte Rechtsstaatlichkeit, falsche Prioritätensetzungen (z. B. Vernachlässigung der Landwirtschaft); Bürgerkriege und ethnische Konflikte sowie auch Eliten, die sich einen Kehrtritt um das Schicksal der armen Bevölkerungsschichten scheren. Probleme sind zugleich Herausforderungen, bei denen die deutsche Entwicklungspolitik behertzt handeln muss (etwa bei einer noch besseren Zusammenarbeit von > GIZ und > KfW oder einer Europäisierung der deutschen Entwicklungspolitik, z. B. hinsichtlich des Marshallplans mit Afrika. > AKP-EU-Partnerschaftsabkommen

Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:205-421 (Nuscheler); Bohnet 2019:243-26; Holtz 2020;
www.weforum.org/agenda/2016/01/what-are-the-10-biggest-global-challenges ;

58. Projekt- und Programmhilfe: Ein Entwicklungsprojekt ist ein in sich geschlossenes und in den Auswirkungen überschaubares Vorhaben der > Entwicklungszusammenarbeit, das von der kurzzeitigen Entsendung von > Experten, Beratern oder Gutachtern bis zu einem viele Millionen Euro umfassenden Vorhaben der Infrastruktur oder der Regionalentwicklung reicht. Eine EZ, die sich in vielen Einzelprojekten erschöpft und weder Breitenwirkungen nach sich zieht noch Strukturveränderungen bewirkt, wird des Öfteren als Projektitis bezeichnet. Programmhilfe kommt vor allem dann als Form/Instrument der > Entwicklungszusammenarbeit zum Einsatz, wenn nicht ein isoliertes Einzelprojekt, sondern ein Sektor gefördert werden soll, wie ein Alphabetisierungsprogramm. Seit Beginn der deutschen EZ wurden Zehntausende von Vorhaben der bilateralen Zusammenarbeit durchgeführt; zurzeit (4.9.20.19) laufen 9.700 Projekte und Programme der deutschen bilateralen EZ in zwölf Sektoren. > Budgethilfe > Personelle Zusammenarbeit

Klingebiel 2013:45; www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/iati/index.jsp;
<http://aiddata.org>

59. Public Private Partnerships/PPPs: Öffentlich-private Partnerschaften bzw. Entwicklungspartnerschaften mit der Privatwirtschaft sind Allianzen zwischen der öffentlichen Entwicklungszusammenarbeit (> ODA) und der privaten Wirtschaft zu beiderseitigem Nutzen. Bei diesem Modell fördert das BMZ Projekte privater Unternehmen im Ausland, wenn sie einen deutlichen entwicklungspolitischen Nutzen bringen.

Nuscheler 2012:365f; www.bmz.de/de/service/glossar/P/ppp.html; www.developpp.de
www.bmz.de/de/themen/privatwirtschaft/entwicklungspartnerschaften/index.html

Resilienz / Widerstandsfähigkeit, Belastbarkeit, Stressverarbeitungsfähigkeit

> Agenda 2030 > Entwicklungszusammenarbeit > Millenniumsentwicklungsziele > Technische Zusammenarbeit > Theorien

Results-Based Financing / Performance-Based Financing > Ergebnisorientierte Finanzierung

60. Rio-Konventionen: Die drei „Rio-Konventionen“ zu Klima, Desertifikation und Biodiversität zeichnen sich durch eine besondere Qualität aus: Im Geiste des Leitbildes einer > nachhaltigen Entwicklung beziehen sie auch die sozio-ökonomischen Ursachen der Probleme und deren Lösungsansätze mit ein. Es handelt sich gleichzeitig um Umwelt- und Entwicklungskonventionen. Erstmals wurden damit völkerrechtlich verbindliche Grundlagen für die internationale Kooperation und auch die > Entwicklungszusammenarbeit geschaffen.

Messner/Nuscheler 1996; Eisermann 2003; Holtz 2013a; www.unfccc.int; www.unccd.int; www.cbd.int

61. Rohstoffe: Rohstoffe sind von großer Bedeutung für alle Länder, für Menschen und Tiere. Mehr als dreieinhalb Milliarden Menschen leben in rund 50 Entwicklungsländern, in denen extraktive Rohstoffe gewonnen werden. Unter Rohstoffen (auch Primärgüter genannt) versteht man - im Gegensatz zu Industrieerzeugnissen - unbearbeitete Waren, und zwar: (i) Agrarrohstoffe – wie z. B. Nahrungs- und Futtermittel, Ölpflanzen und andere auf landwirtschaftlichen Flächen nachwachsende Rohstoffe wie Baumwolle und Kautschuk; (ii) forstwirtschaftlich gewonnene Rohstoffe wie Holz; (iii) mineralische Rohstoffe, wie Edelmetalle (Gold, Silber etc.), metallführende Erze (z. B. Eisenerze, Tantalit), andere Minerale (z. B. Diamant, Quarz), Gesteine (z. B. Basalt, Granit, Kalkstein) sowie mineralische Düngemittel (v. a. Phosphat); (iv) fossile (Energie-)Rohstoffe (z. B. Gas, Erdöl und Kohle). Rohstoffe, die durch bergbauliche Tätigkeiten erschlossen werden, werden dem extraktiven Bereich zugeordnet.

Nuscheler 2012:113-127; www.bmz.de/de/themen/rohstoffe/hintergrund/index.html

62. Schulden: Wenn die Schuldenlast – auch durch Entwicklungskredite mit verursacht – so groß ist, dass Zins- und Tilgungszahlungen selbst bei einem überdurchschnittlichen Wirtschaftswachstum kaum mehr zu leisten sind, können hohe Schulden zu einem Entwicklungshindernis werden und die Spielräume für > Armutsbekämpfung einengen. Durch Schuldenerlasse/Schuldenerleichterungen/Entschuldungen werden Mittel, die eigentlich für den Schuldendienst notwendig wären, in den Entwicklungsländern freigesetzt und können gezielt für interne Entwicklungsnotwendigkeiten eingesetzt werden.

Holtz 1988; www.economicdiscussion.net/foreign-debt/foreign-debt-crisis-in-developing-countries-an-overview/12959

Schwel­len­län­der (auch „aufstrebende Län­der“) > Ent­wick­lungs­län­der

Sustainable Development Goals/SDGs / Nachhaltige Ent­wick­lungs­ziele > Millenniumsentwicklungsziele

63. **Technische Zusammen­ar­beit/TZ:** Durch die TZ wer­den technische, wirtschaftliche und organisatorische Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt. Im Einzelnen geht es dabei besonders um die Entsendung von Fachkräften, die Bereitstellung von Material und von Ausbildungsmöglichkeiten. Die deutsche TZ hat die Aufgabe, die Fähigkeiten von Menschen, Organisationen und Gesellschaften in den Partnerländern zu erhöhen und zu entwickeln (Capacity Building/Development = Aufbau/Entwicklung von Fähigkeiten, Kompetenzentwicklung); sie sollen in die Lage versetzt werden, ihre Lebensbedingungen durch wirksamen und dauerhaften Einsatz von Ressourcen aus eigener Kraft zu verbessern und eigene Ziele zu verwirklichen. Neuerdings wird besonders die Stärkung von > Resilienz hervorgehoben, also die Fähigkeit von Entwicklungsländern, auf Anforderungen wechselnder Situationen flexibel zu reagieren und auf Krisen angemessene Antworten zu finden bzw. sie zu bewältigen. [früher wurde von „coping capacity“ = Bewältigungs-/Reaktionsfähigkeit gesprochen]. Die TZ berücksichtigt besonders die Beteiligung der > Zivilgesellschaft und die Stärkung von Macht und Einfluss (> Empowerment) der Frauen in den Partnerländern. TZ wird für die Partnerländer Deutschlands unentgeltlich als Zuschuss geleistet; das Entwicklungsland übernimmt dabei aber meist die im Land selbst anfallenden laufenden Kosten. > Finanzielle Zusammen­ar­beit > Personelle Zusammen­ar­beit

Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016: 510ff (Stockmann); www.giz.de

64. **Theorien:** (Entwicklungs-)Theorien wollen Tatsachenbefunde zu einem strukturierten Ganzen verknüpfen und gesamtgesellschaftliche, historische Prozesse des wirtschaftlichen, sozialen, politischen und kulturellen Wandels erklären. Zudem erheben sie auch den Anspruch, Strategien oder zumindest Orientierungen für künftige Entwicklungsprozesse zu bieten. Wichtigen Theorie-Strömungen, wie den Dependenztheorien und Modernisierungstheorien, wird vielfach vorgeworfen, ihre Erklärungsansätze seien zu monokausal, sie würden die Realität nur unzureichend abbilden und zudem seien die aus ihr abgeleiteten Rezepte für die Gestaltung von > Entwicklung oft gescheitert. Oft wurden die „alten“ Theorien und Konzepte der ‚Entwicklungshilfe‘ als falsch angesehen (bspw. mit der Fokussierung auf quantitative Ziele wirtschaftlichen Wachstums ohne Entwicklung sowie der Vernachlässigung des Agrarsektors, kultureller Faktoren und der Bedeutung internationaler v.a. von den multinationalen Unternehmen geprägter Machtstrukturen). Heute hat das Entwicklungsparadigma einer „nachhaltigen, menschenwürdigen und resilienten Entwicklung“ („sustainable, human and resilient development ensuring a life in dignity“ – U. Holtz), an Wirkkraft gewonnen. Die > Probleme der > Entwicklungsländer werden zunehmend als ein komplexes Geflecht von Symptomen und Ursachen gesehen, zu dessen Erklärung sozio-ökonomische, politische, kulturelle, historische wie auch naturräumliche und demografische, gleichermaßen endogene wie exogene Faktoren herangezogen werden müssen. > Handel > Nachhaltige Entwicklung > Resilienz

Holtz 1982:12,17f, 1995a:21-31, 2020; Thiel 2001; Stockmann/Menzel/Nuscheler 2016:11-204 (Menzel); www.researchgate.net/publication/331262291_THE_THEORIES_OF_DEVELOPMENT_STUDIES

Umwelt(schutz) > Agenda 2030 > Corporate Social Responsibility > Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit > Entwicklung > Entwicklungspolitik > Klimawandel > Kohärenz > Menschenrechte > menschliche Sicherheit

UNO-Stadt Bonn > Entwicklungspolitik > Nachhaltige Entwicklung (Internetverweis: www.bonn-alliance.uni-bonn.de)

VENRO (Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen) > Nichtregierungsorganisationen

Verschuldung > Schulden

65. **Werte:** Leitplanken und regulative Leitideen, die ethischem und praktischem Handeln zugrunde liegen sollen und dem Denken und Handeln – bspw. in Wirtschaft und (Entwicklungs-)Politik – helfen, auf dem Weg zu bleiben. Als Leuchttürme bieten sie für gutes Navigieren Orientierung. Zu ihnen gehören die Menschenrechte einschließlich der vier Freiheiten des Gewissens, der Religionsausübung, der Meinungsäußerung und des Organisationsrechts, die Geschlechtergerechtigkeit und Rechtsstaatlichkeit sowie eine pluralistische und liberale Gesellschaftsordnung. Viele Werte finden sich in den international anerkannten > Menschenrechten (von der Achtung der Würde über die

> Demokratie bis zum Gebot von Toleranz und Gerechtigkeit). Gemäß der Millenniumserklärung von 2000 sollen die internationalen Beziehungen im 21. Jh. von folgenden Grundwerten geprägt sein: Freiheit, Gleichheit, Solidarität, Toleranz, Achtung vor der Natur und gemeinsam getragene Verantwortung. Die > Agenda 2030 (Tz. 49) unterstreicht, dass die Bedeutung der Werte des Friedens, des Dialogs und der internationalen Zusammenarbeit in der Charta der Vereinten Nationen ihren höchsten Ausdruck gefunden hat und diese von bleibender Aktualität sind. In der Entwicklungsdimension bedeuten Werte eine wichtige Orientierung für die Politik und die Verwirklichung eines besseren Lebens.

Holtz 2002; Ihne 2010; Krell/Mörschel 2015; <https://journals.sagepub.com/home/jhv>

Wirksamkeit, Steigerung der > Paris-Erklärung

66. Zivilgesellschaft: Der Begriff Zivilgesellschaft (auch Bürgergesellschaft) ist unscharf. Er meint oft den von einer Vielzahl von Organisationen und Vereinigungen – auch von Einzelpersonen – gefüllten Raum zwischen Staat und Markt, zwischen staatlichen Bürokratien und wirtschaftlichen Einheiten auf der einen und der eher privaten Lebenswelt der Menschen auf der anderen Seite. Konstitutiv für die Lebendigkeit jeder Zivilgesellschaft ist die Vielfalt der institutionellen und organisatorischen Formen (z. B. > Nichtregierungsorganisationen, Umweltaktivisten, Gewerkschaften) in einem freiheitlichen Umfeld. Neben dem Staat und der Wirtschaftswelt bildet die Zivilgesellschaft eine der drei Sphären, die (demokratische) Gesellschaften miteinander verbinden. Die Zivilgesellschaft nimmt verstärkt Einfluss auf (inter-) nationale Politiken und das Handeln – meist mächtiger – wirtschaftlicher Akteure. Für die UNO ist Zivilgesellschaft neben Regierung und Wirtschaft der ‚dritte Sektor‘ der Gesellschaft. Weil die Freiräume der Zivilgesellschaft in den letzten Jahren immer mehr im globalen Süden und Norden unter Druck geraten, müssen die EU und auch Deutschland (einschl. der Entwicklungspolitik) wirksamere Beiträge zum Schutz und zur Förderung zivilgesellschaftlicher Freiräume leisten. > Agenda 2030 > Demokratie

Nuscheler 2012:378-389; CIVICUS/Brot für die Welt 2019; www.un.org/en/sections/resources-different-audiences/civil-society/index.html

Holtz: Glossar – 66 wichtige Begriffe zur Entwicklungspolitik, 2020

Literatur (die URLs wurden zwischen August 2019 und Anfang August 2020 aufgerufen)

1. Ashoff, Guido (2005): Der entwicklungspolitische Kohärenzanspruch: Begründung, Anerkennung und Wege zu seiner Umsetzung (DIE), Bonn (www.die-gdi.de/uploads/media/Studies_6.pdf)
2. Ashoff, Guido (2015): Die Global Governance-Qualität der internationalen Aid Effectiveness Agenda. Eine theoretische Analyse und Bewertung der Systemreform der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (DIE), Bonn (www.die-gdi.de/uploads/media/Studies_87.pdf)
3. Auswärtiges Amt (2019): Strategie des Auswärtigen Amtes zur humanitären Hilfe im Ausland 2019 – 2023, Berlin (www.auswaertiges-amt.de/blob/2213660/883ab41fbcbf2bb5cc2d0d499bcae736/strategie-huhi-data.pdf)
4. Baydag, Melis Rena/Klingebiel, Stephan/Marschall, Paul (2018): Shaping the Patterns of Aid Allocation. A Comparative Analysis of Seven Bilateral Donors and the European Union (DIE Discussion Paper), Bonn 2018 (www.die-gdi.de/uploads/media/DP_22.2018)
- Binder, Nikola (2014): Politische Repräsentation und Einfluss von Frauen in Ecuador. Quoten und ihre längerfristigen Auswirkungen (Diss., Phil. Fak., Universität Bonn), 2014 (<http://hss.ulb.uni-bonn.de/2014/3839/3839.pdf>)
5. BMZ/Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (2013): Strategie der entwicklungsfördernden und strukturbildenden Übergangshilfe (ESÜH), Bonn-Berlin (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/archiv/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier330_06_2013.pdf)
6. BMZ (2017): Afrika und Europa. Neue Partnerschaft für Entwicklung, Frieden und Zukunft. Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika, Bonn – Berlin (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/Materialie310_Afrika_Marshallplan.pdf)
7. BMZ (2018): Road Map 2018. Entwicklungspolitischer Aktionsplan zur Gleichberechtigung der Geschlechter 2016-2020. (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier445_04_2018.pdf)
8. BMZ (2018a): Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik. Ressortbericht zur Umsetzung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie und der SDGs (Strategiepapier 457), Bonn-Berlin (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier457_10_2018.pdf)

9. BMZ (2018b): Entwicklungspolitik 2030. Neue Herausforderungen – neue Antworten (Strategiepapier 455), Bonn-Berlin: (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/strategiepapiere/Strategiepapier455_06_2018.pdf - auf Engl. www.bmz.de/en/publications/type_of_publication/strategies/Strategiepapier452_10_2018.PDF)
10. BMZ (2020): Reformkonzept ‚BMZ 2030‘. Umdenken – Umsteuern (Materialie 510), Bonn - Berlin (www.bmz.de/de/mediathek/publikationen/reihen/infobroschueren_flyer/infobroschueren/sMaterialie510_BMZ2030_Reformkonzept.pdf)
11. Bodenstern, Thilo/Faust, Jörg/Furness, Mark (2017): European Union Development Policy: Collective Action in Times of Global Transformation and Domestic Crisis, Development Policy Review (Introduction to the special issue), online first: <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/dpr.12189/full>
12. Bohnet, Michael (2019): Geschichte der deutschen Entwicklungspolitik. Strategien, Innenansichten, Erfolge, Misserfolge, Zeitzeugen, Herausforderungen, 2., überarb. u. akt. Auflage (UTB-Nr. 4320), München
13. Borrmann, Axel/Stockmann, Reinhard (2009): Evaluation in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, 2 Bde, Münster u.a. (www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/eval_dt_ez_waxmann_2009_bd1.pdf, www.hwwi.org/fileadmin/hwwi/Leistungen/Gutachten/eval_dt_ez_waxmann_2009_bd2.pdf)
14. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (1992) (Hg.): Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung im Juni 1992 in Rio de Janeiro - Dokumente - Agenda 21, Bonn (www.bmu.de/fileadmin/bmu-import/files/pdfs/allgemein/application/pdf/agenda21.pdf)
15. Bundesregierung (2018): Nachhaltigkeitsstrategie für Deutschland, akt. Aufl., Berlin (www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf?download=1 - auf engl. www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1588964/1b24acbed2b731744c2ffa4ca9f3a6fc/2019-03-13-dns-aktualisierung-2018-englisch-data.pdf?download=1)
16. CIVICUS/Brot für die Welt (2019) (Hg.): Atlas der Zivilgesellschaft 2019. Report zur weltweiten Lage, (s. auch www.brot-fuer-die-welt.de/bildung/material/atlas-zivilgesellschaft)
17. Concord/European NGO Confederation for Relief and Development (2018): AidWatch Report 2018. EU- A Broken Ladder?, Brüssel (s. <https://concordeurope.org/blog/2016/01/09/aidwatch-reports/>)
18. Debiel, Tobias (Hg.) (2018): Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Nuscheler, Franz, Duisburg, Bonn (Institut für Entwicklung und Frieden, Stiftung Entwicklung und Frieden (s. auch www.sef-bonn.org/fileadmin/SEF-Dateiliste/04_Publikationen/Weitere_Publikationen/Sonderpublikationen/sb-2018_essayband-nuscheler_de.pdf)
19. Deutscher, Eckhard/Ihne, Hartmut (2010) (Hg.): ‚Simplizistische Lösungen verbieten sich‘. Zur internationalen Zusammenarbeit im 21. Jahrhundert. Festschrift zu Ehren von Professor Holtz, Baden-Baden
20. Dröge, Susanne (2016): The Paris Agreement 2015. Turning Point for the International Climate Regime (Stiftung Wissenschaft und Politik Research Paper), Berlin
21. Eckert, Andreas (2015): Geschichte der Entwicklungszusammenarbeit, in APuZ/Aus Politik und Zeitgeschichte 7–9/2015, 3-8 (www.bpb.de/apuz/200361/geschichte-der-entwicklungszusammenarbeit)
22. Eisermann, Daniel (2003): Die Politik der nachhaltigen Entwicklung. Der Rio-Johannesburg-Prozess (InWEnt–Internationale Weiterbildung und Entwicklung), Bonn
23. European Association of former Members of Parliament of the Member States of the Council of Europe (2016): Challenges of Immigration. Lyon Declaration, Colloquy 11 October 2016, in: www.parlament.ch/centers/documents/en/fp-ap-declaration-lyon-2016-10-11-e.pdf (eine gekürzte Fassung ist auf Deutsch abrufbar unter http://vemdb.de/files/koll2016_a_decl.zus.n.d.2017.01.16+u.h.2017.01.25_clean.pdf)
24. European Commission (2017): Joint Communication to the European Parliament and the Council for a renewed impetus of the Africa-EU Partnership, Brussels 4.5.2017 (https://eeas.europa.eu/sites/eeas/files/http_eur-lex.europa.pdf)
25. European Union (2019) (Hg.): Europe's approach to implementing the Sustainable Development Goals: good practices and the way forward (study requested by the European Parliament's Committee on Development), Brussels (www.europarl.europa.eu/cmsdata/160360/DEVE%20study%20on%20EU%20SDG%20implementation%20formatte_d.pdf)
26. Fejerskov, Adam/Lundsgaarde, Erik/Cold-Ravnkilde, Signe (2016): Uncovering the dynamics of interaction in development cooperation: a review of the 'new actors in development' research agenda (Danish Institute for International Studies), Kopenhagen
27. Fues, Thomas/Hamm, Brigitte I. (2001): Die Weltkonferenzen der 90er Jahre: Baustellen für Global Governance (EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn
28. Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung/GKKE (2013) (Hg.): Kohärenz und Entwicklung (Dossier), Frankfurt/Main
29. Gieler, Wolfgang (2011) (Hg.): 50 Jahre deutsche Entwicklungszusammenarbeit. Das BMZ von Walter Scheel bis Dirk Niebel, Bonn

30. GIZ/Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (2019) (Hg.): Das ABC der Menschenrechte für die Entwicklungszusammenarbeit, in: www.giz.de/de/downloads/giz2016-de-abc-der-menschenrechte-fuer-ez.pdf
31. Grävingholt, Jörn (2019): Frieden und Entwicklung, in: Gießmann, Hans J./ Rinke Bernhard (Hg.): Handbuch Frieden, 2. Aufl., Wiesbaden, 355-362
32. Grimm, Sven/Hackenesch, Christine (2012): European Engagement with Emerging Actors in Development: Forging new Partnerships?, in: Gänzle, Stefan/Grimm, Sven/Makhan Davina (Hg.): The European Union and global development: an enlightened superpower in the making?, Houndmills, 211-228
33. Guterres, António (2020): Interaction between the United Nations, national parliaments and the Inter-Parliamentary Union, Report of the UN Secretary General (<https://digitallibrary.un.org/record/385702>)
34. Gurría, Ángel (2020): An inclusive, green recovery is possible. The time to act is now, 22 April (www.oecd.org/coronavirus/en)
35. Hackenesch, Christine (2019): Aid, political conditionality, and other international efforts to promote democracy in Africa, in: Cheeseman, Nic (Hg.): Oxford Research Encyclopedia of Politics, Oxford (<https://oxfordre.com/politics/view/10.1093/acrefore/9780190228637.001.0001/acrefore-9780190228637-e-1348?print=pdf>)
36. Harnisch, Sebastian/Schmidt, Siegmund (2012): Auf Augenhöhe. 50 Jahre Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, hg. v. BMZ, Baden-Baden
37. Holtz, Uwe (1978): Europa und die Multis. Chance für die Dritte Welt? (Edition Europarat, Bd. 2), Baden-Baden
38. Holtz, Uwe (1982): North-South-Policy in the Eighties with a foreword by Willy Brandt (Friedrich Ebert Stiftung – Democracy and Social Change), Bonn
39. Holtz, Uwe (1984) (Hg.): Entwicklung und Rüstung, Baden-Baden
40. Holtz, Uwe (1988) (Hg.): Verschuldungskrise der Entwicklungsländer. Anhörung im Deutschen Bundestag. Positionen der Fraktionen), Baden-Baden
41. Holtz, Uwe (1989): Den Ökozid verhindern, in: Hermann Scheer (Hg.), Solarzeitalter, Freiburg, S. 94-107 (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/solarzeitalter.pdf/view)
42. Holtz, Uwe (1993): Sensibilisiert gegenüber friedensbedrohenden Gefahren. Mit der Bonner Konferenz "Building Global Human Security" wurde ein Impuls für ein internationales Netzwerk der Parlamentarier gesetzt, in: Sozialdemokratischer Pressedienst 48 Jg./180, 21.9.93, S. 1-3 (<http://library.fes.de/spdpd/1993/930921.pdf>)
43. Holtz, Uwe (1994): Glanz und Elend der Entwicklungspolitik. Anmerkungen zu 20 Jahren Vorsitz im Bundestagsausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit, in: Röscheisen, Roland (Hg.): Nord-Süd-Politik an der Schwelle zum nächsten Jahrtausend, Unkel und Bad Honnef, 180-195
44. Holtz, Uwe (1995a): Probleme und Perspektiven der Entwicklungspolitik, in: ders./Eckhard Deutscher (Hg.), Probleme der Entwicklungspolitik (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn, S. 11-97 (www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/u.-holtz-ep-in-der-krise.-bilanz-und-herausforderungen-1995/at_download/file)
45. Holtz, Uwe (1995b): Licht und Schatten - Rückblick und Ausblick auf die deutsche Entwicklungspolitik, in: epd-Entwicklungspolitik 10/1995, S. 24-29.
46. Holtz, Uwe (1997a): Probleme und Perspektiven der Entwicklungspolitik, in: ders. (Hg.): Probleme der Entwicklungspolitik, Bonn, S. 11-97 (www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/probleme_perspektiven.pdf/view)
47. Holtz, Uwe (1997b): Menschenrechte: Hilfe oder Hemmnis für Entwicklung?, in: Menschenrechte und Entwicklung, hg. v. Klaus Dicke/Michael Edinger/Oliver Lembcke, Berlin, S. 31-55 (s. auch: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/entwicklungspolitik-und-interkultureller-dialog/view)
48. Holtz, Uwe (1997c): „Butter oder Kanonen“? Entwicklungspolitik als nationale Interessenpolitik oder internationale Strukturpolitik?, in: GERMANWATCH (Hg.), Zukunftsfähige Entwicklungspolitik - Vision oder Illusion?, Bonn 1997, 16-23.
49. Holtz, Uwe (1997d): Menschenrechte, Demokratie und Entwicklungspolitik, in: AVS-Informationdienst 18. Jg., Nr. 4/5, Sept./Okt. 1997, S.7-11 (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/mr_dmk_ep.pdf/view)
50. Holtz, Uwe (1997e) (Hg.): EU und AKP auf dem Weg zu einer neuen Partnerschaft? (Europäische Gespräche 3/97 - Vertretung der Europäischen Kommission in der Bundesrepublik Deutschland), Bonn
51. Holtz, Uwe (1998): Entwicklungspolitik im Zeitalter der Globalisierung (Impulsreferat auf dem internationalen Symposium „Strategien der zivilen Gesellschaft in Lateinamerika und Europa“, 15.-18.5.98 in Burg Schlaining und Wien; überarb. Fassung), in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virtueller-apparat/virt.-apparat/entwicklungspolitik-im-zeitalter-der-globalisierung/view)
52. Holtz, Uwe (2000a): Partnership for the 21st Century. A Preliminary Assessment of the EU-ACP Agreement, in: D+C Development and Cooperation (No. 2, March 2000, p. 8-12) (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virtueller-apparat/virt.-apparat/EU_AKP_Partnerschaft.pdf/view)

53. Holtz, Uwe (2000b): Entwicklungspolitik - Bilanz und Herausforderungen, in: Karl Kaiser / Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), Weltpolitik im neuen Jahrhundert (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 364), Bonn, 481-508 (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/EP_Bilanz.pdf/view)
54. Holtz, Uwe (2000c): Nachhaltigkeit [= *nachhaltige Wirksamkeit*] in der Entwicklungszusammenarbeit, in: Brigitte Fahrenhorst / Stefan A. Musto (Hg.), Grenzenlos - Kommunikation, Kooperation, Entwicklung (SID-Berlin Berichte Nr. 13), Berlin, S. 54-60 (www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virtueller-apparat/virt.-apparat/ngkt_ez.pdf/view)
55. Holtz, Uwe (2002): Common European Values: Pillars of the European Constitution. German Association –Report for the Rome Colloquy, 30 November, in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/common_european_values.pdf/view
56. Holtz, Uwe (2003): The Parliamentary Hexagon, in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/parl_hexagon.pdf/view
57. Holtz, Uwe (2006a): Abschied von der Gießkanne. Stationen aus 50 Jahren deutscher Entwicklungspolitik, in: eins / Entwicklungspolitik Information Nord-Süd, 23-24/2006 [*Schwerpunktheft: 50 Jahre deutsche Entwicklungspolitik*], S. 32-36 (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/stationen-aus-50-jahren-deutscher-entwicklungspolitik-2006-aktualisiert-okt.-2011/view)
58. Holtz, Uwe (2006b): Die Zahl undemokratischer Länder halbieren! Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und *good governance*, in: Nuscheler, Franz/Roth, Michèle (Hg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg?, (EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn, 118-137
59. Holtz, Uwe (2007): Klimawandel – Wer sind die Hauptbetroffenen? (Vortrag Stiftung Zukunftsfähigkeit/Germanwatch, Bonn, 23. November), in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/klima.pdf/view
60. Holtz, Uwe (2009): Die Millennium-Entwicklungsziele – eine defekte Vision. Armutsbekämpfung durch Demokratie, Menschenrechte und good governance, in: T. Mayer/V. Kronenberg (Hg.), Streitbar für die Demokratie, Bonn, 497-517. (www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/dmk_mr_gg.pdf/view)
61. Holtz, Uwe (2010): Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz, in: APuZ / Aus Politik und Zeitgeschichte 10/2010, 3-8. (<https://m.bpb.de/apuz/32901/die-millenniumsentwicklungsziele-eine-gemischte-bilanz>, <https://m.bpb.de/system/files/pdf/T7TUXN.pdf>)
62. Holtz, Uwe (2011a): Eine Welt oder keine Welt! Die Millenniums-Entwicklungsziele und warum deren Erreichung auch in unserem Interesse liegt (Vortrag vor der Kübelstiftung in Bensheim am 5.5.11), in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/mez_eine_welt.pdf/view
63. Holtz, Uwe (2011b): Die Bedeutung der UNO-Stadt Bonn für die Entwicklungspolitik, in: Nina Simone Hürter/Sebastian Bruns (Hg.), Nachhaltig ins 21. Jahrhundert. 15 Jahre UNO-Stadt Bonn, Bonn, 159-178. (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/uno_bonn_ep.pdf/view)
64. Holtz, Uwe (2012): Entwicklungspolitik im Bundestag. Holtz, Uwe „20 Jahre AwZ-Vorsitzender“, Deutscher Bundestag – Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Ausschussdrucksache 17 (19)337, 13.3.2012 (s. auch www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/20Jahre_AwZ.pdf/view)
65. Holtz, Uwe (2013): Die Millenniumsentwicklungsziele, in: Hartmut Ihne/Jürgen Wilhelm (Hg.): Einführung in die Entwicklungspolitik, 3., neu überarb. Aufl., Berlin, 41-65. (www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/mez_mdgs.pdf)
66. Holtz, Uwe (2013a): Handbook. Role of Parliamentarians in the implementation process of the UN Convention to Combat Desertification. A guide to Parliamentary Action, hg. v. UNCCD-Sekretariat, Bonn (http://catalogue.unccd.int/293_Parliamentarians_eng.pdf)
67. Holtz, Uwe (2015): Entwicklungspolitik und interkultureller Dialog, in: Entwicklungsethnologie. Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie, Bonn (21. Jg., Heft1/2, 2014: Entwicklung durch kulturelle Selbstbestimmung, hg. v. Frank Bliss und Marko Heinz), 79-98 (auch unter www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/entwicklungspolitik-und-interkultureller-dialog/at_download/file)
68. Holtz, Uwe (2017): Les défis de l'immigration – pour une nouvelle charte de participation égale dans la vie politique et publique (Audition à la Commission des Migrations, des Réfugiés et des Personnes déplacées de l'Assemblée parlementaire du Conseil de l'Europe), Strasbourg 27 avril 2017), in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/herausforderungen-der-zuwanderung.-fuer-eine-201echarta-der-gleichberechtigten-teilhabe-im-politischen-und-oeffentlichen-leben201c-2017-auf-frz./view
69. Holtz, Uwe (2018): SDGs und demokratische Partizipation. Was ist die Rolle der Parlamente, in: Deibel, Tobias: op. cit., 93-98
70. Holtz, Uwe (2020): Why countries are rich or poor? Discussion Paper, als Ms. verv., Bonn, in: www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/positiv-und-negativfaktoren-fuer-entwicklung-sfortschritte-2020/view

71. Ihne, Hartmut (2010): Zu den Grundlagen einer Wirtschaftsethik, in: Deutscher, Eckhard/ Ihne, Hartmut: op. cit., 283-307
72. Inter-Parliamentary Union (1997): Universal Declaration on Democracy, in: www.ipu.org/cnl-e/161-dem.htm
73. Jecklin, Hans (2007): Eine Welt oder keine. Plädoyer für einen globalen Bewusstseinswandel, Bielefeld
74. Kaiser, Markus (2003) (Hg.): WeltWissen - Entwicklungszusammenarbeit in der Weltgesellschaft, Bielefeld (www.oapen.org/download?type=document&docid=646506)
75. Kleffman, Piet (2019): TruBudget und die Paris-Deklaration, in: E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit 9-10/2019: 20 (www.dandc.eu/de/article/im-bereich-der-aid-effectiveness-gibt-es-noch-viel-zu-tun)
76. Klingebiel, Ruth/Randeria, Shalini (1998) (Hg.): Globalisierung aus Frauensicht. Bilanzen und Visionen (EINE Welt-Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn
77. Klingebiel, Stephan (2015): Zukunft der Entwicklungszusammenarbeit, in: APuZ/Aus Politik und Zeitgeschichte 7-9/2015, 29-35 (www.bpb.de/apuz/200366/zukunft-der-entwicklungszusammenarbeit?p=all)
78. Klingebiel, Stephan (2013): Entwicklungszusammenarbeit - eine Einführung (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik, Studies 73), Bonn www.die-gdi.de/uploads/media/Studies_73.pdf
79. Klingebiel, Stephan (2012): Ergebnisbasierte EZ-Ansätze: Definitionen, Kriterien und Konzepte. Ein Diskussionspapier, in: www.die-gdi.de/uploads/media/Diskussionspapier_Klingebiel_RBA_14_09_2012.pdf
80. Kortmann, Karin (2010): Migration hat viele Gesichter: Ein entwicklungspolitischer Blick auf das Potenzial von Migration für Afrika, in: Eckhard Deutscher/Hartmut Ihne: op. cit., 255-269
81. Krause, Lili (2016): Do No Harm: Was sich dahinter verbirgt und warum es notwendig ist, in: <http://blog.venro.org/do-no-harm-was-sich-dahinter-verbirgt-und-warum-es-notwendig-ist>
82. Krell, Christian/Mörschel, Tobias (2015) (Hg.): Werte und Politik, Wiesbaden
83. Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2012) (Hg.): Impulse für eine nachhaltige, menschenwürdige Entwicklung. Strategiepapier zur Eine-Welt-Politik des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (<https://mbei.nrw/sites/default/files/asset/document/eine-welt-strategie-nrw.pdf>)
84. Leiderer, Stefan (2009): Budgethilfe in der Entwicklungszusammenarbeit: weder Teufelszeug noch Allheilmittel (Deutsches Institut für Entwicklungspolitik - Analysen und Stellungnahmen 10/2009), Bonn (www.die-gdi.de/uploads/media/AuS_10.2009.pdf)
85. Leinen, Jo/Bummel, Andreas (2017): Das demokratische Weltparlament. Eine kosmopolitische Vision, Bonn
86. Lindemann, Stefan (2013): Entwicklungszusammenarbeit zwischen Fundamental- und Reformkritik, hg. v. KfW, Fokus Entwicklungspolitik, Nr. 2, 8.3.13 (www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2013-03-08_FE_EZ-Kritik_de.pdf und www.kfw-entwicklungsbank.de/Download-Center/PDF-Dokumente-Development-Research/2013-03-08_FE_EZ-Kritik_eng.pdf)
87. Luttrell, Cecilia/ Quiroz, Sitna with Scrutton, Claire/Bird, Kate (2009): Understanding and operationalising empowerment (Overseas Development Institute – Working Paper 308), London (www.odi.org/sites/odi.org.uk/files/odi-assets/publications-opinion-files/5500.pdf)
88. Meeks, Polly (2018): Aufhebung der Lieferbindung. Warum Entwicklungshilfe niemals an die Auftragsvergabe an Unternehmen aus dem Geberland gebunden sein darf (Eurodad), Brüssel (<https://eurodad.org/files/pdf/5a68961d821a9.pdf>)
89. Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (1996) (Hg.): Weltkonferenzen und Weltberichte. Ein Wegweiser durch die internationale Diskussion (Institut für Entwicklung und Frieden/INEF), Bonn
90. Messner, Dirk/Nuscheler, Franz (2003): Das Konzept Global Governance. Stand und Perspektiven (INEF – Heft 67, Universität Duisburg-Essen) (<https://duepublico.uni-duisburg-essen.de/servlets/DocumentServlet/Document/29281/report67.pdf>)
91. Messner, Dirk et al. (2015): Die Herausforderungen des Klimawandels bewältigen. Ein kurzfristig umsetzbares Aktionsprogramm zum Übergang in eine klimaverträgliche Weltwirtschaft, in: Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik, 8 (1), 91-125
92. Messner, Dirk (2018): Die Agenda 2030 als globaler Gesellschaftsvertrag, in: Debiel, Tobias: op. cit., 179-185
93. Molt, Peter (2018): Die Anfänge der Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland in der Ära Adenauer, Düsseldorf
94. Noltze, Martin/Euler, Michael/Verspohl, Ida (2018): Evaluation synthesis of sustainability in German development cooperation (German Institute for Development Evaluation / DEval), Bonn (www.deval.org/files/content/Dateien/Evaluierung/Berichte/2018/DEval_NH_Meta-Evaluierung_EN_web.pdf)
95. Nuscheler, Franz (2000): Global Governance, Entwicklung und Frieden, in: ders., (Hg.): Entwicklung und Frieden im 21. Jahrhundert. Zur Wirkungsgeschichte des Brandt-Berichts, Bonn, 471-507
96. Nuscheler, Franz/Roth, Michèle (2006) (Hg.): Die Millennium-Entwicklungsziele. Entwicklungspolitischer Königsweg oder ein Irrweg? (EINE Welt - Texte der Stiftung Entwicklung und Frieden), Bonn

97. Nuscheler, Franz (2008): Die umstrittene Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit, Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen (INEF-Report 93/2008) (<https://inef.uni-due.de/media/report93.pdf>)
98. Nuscheler, Franz (2010): Das hohe Lied von Good Governance in der entwicklungspolitischen Bewährungsprobe, in: Eckhard Deutscher/Hartmut Ihne: op. cit.: 117-132
99. Nuscheler, Franz (2012): Lern- und Arbeitsbuch Entwicklungspolitik. Eine grundlegende Einführung in die zentralen entwicklungspolitischen Themenfelder, 7., überarb. u. akt. Aufl., Bonn
100. OECD (2019): Development Co-operation Profiles. Trends and insights on development finance, Paris
101. Oldenbruch, Günther/Bohl, Katharina (2009) (Hg.): Allgemeine Budgethilfe – im internationalen Vergleich, Bonn
102. Ottacher, Friedbert/Vogel, Thomas (2015): Entwicklungszusammenarbeit im Umbruch. Bilanz – Kritik – Perspektiven. Eine Einführung, Frankfurt a.M.
103. Polte, Winfried (2010): Corporate Social Responsibility in Zeiten der Wirtschaftskrise – die wachsende Bedeutung von CSR in Entwicklungsländern, in: Deutscher, Eckhard/Ihne, Hartmut: op. cit., 309-319
104. Sangmeister, Hartmut/Wagner, Heike (2019) (Hg.): Die Entwicklungszusammenarbeit der Zukunft, Baden-Baden
105. Schmidt, Siegmund (2015): Strategisches Feld deutscher Außenpolitik, in: APuZ/Aus Politik und Zeitgeschichte 7–9/2015, 29-35 (www.bpb.de/apuz/200370/entwicklungszusammenarbeit-als-strategisches-feld-deutscher-aussenpolitik)
106. Stiftung Entwicklung und Frieden u.a. (2015): Globale Trends 2015. Perspektiven für die Weltgesellschaft, hg. v. Roth, Michèle/Ulbert, Cornelia/Debiel, Tobias, Frankfurt a. M.
107. Stockmann, Reinhard/Menzel, Ulrich/Nuscheler, Franz (2016): Entwicklungspolitik. Theorien – Probleme – Strategien, 2., überarb. u. erw. Aufl., Berlin / Boston
108. Taschbach-Hörsch, Ulrike (2003): Der Einfluss des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit auf die bilaterale Entwicklungspolitik der Bundesregierung von 1980 bis 1987. 9. und 10. Wahlperiode (Diss., Phil. Fak., Universität Bonn), Aachen
109. Tetzlaff, Rainer (2018): Neues im Nord-Süd-Verhältnis? Warum die SDGs Afrika wohl nicht aus der Globalisierungsfalle helfen, in: Debiel, Tobias: op. cit., 49-54
110. Tetzlaff, Rainer (2020): Afrika in Corona-Zeiten. Feststellungen und Thesen, in: www.rainertetzlaff.de/index.php/2020/06/08/afrika-fakten-vorschlaege-thesen, 8. Juni
111. Thiel, Reinold E. (2001): Neue Ansätze zur Entwicklungstheorie (Deutsche Stiftung für internationale Entwicklung), Bonn
112. UNFCCC (2015): Paris Agreement, Bonn (http://unfccc.int/files/essential_background/convention/application/pdf/english_paris_agreement.pdf)
113. United Nations General Assembly (1970): Resolution adopted by the General Assembly, 2626 (XXV) International Development Strategy for the Second United Nations Development Decade, 24. October (www.un-documents.net/a25r2626.htm)
114. United Nations General Assembly (2013): Follow-up to General Assembly resolution 66/290 on human security. Report of the Secretary-General, A/68/685
115. United Nations General Assembly (2015): Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development, New York 2015 (www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1&Lang=E; www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf)
116. UN World Economic Situation Prospects/WESP (2019): Statistical Annex: Country classifications. Data sources, country classifications and aggregation methodology, New York (www.un.org/development/desa/dpad/wp-content/uploads/sites/45/WESP2019_BOOK-ANNEX-en.pdf)
117. VENRO (2019): Noch Ausnahme oder schon Normalfall? – Die Zusammenarbeit mit fragilen Staaten, Berlin (https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/VENRO-Positionspapier_Fragile_Staaten_2019_WEB.pdf)
118. Wahl, Peter (2018): Global Governance Revisited, in: Debiel, Tobias: op. cit., 186-189
119. Welt-Sichten. Magazin für globale Entwicklung und ökonomische Zusammenarbeit (2020): Der Plan für die Zukunft? Fünf Jahre UN-Nachhaltigkeitsziele, 7/8-2020 (cf. www.welt-sichten.org/ausgaben/37845/der-plan-fuer-die-zukunft)
120. Whitfield, Lindsay (2009) (Hg.): The Politics of Aid: African Strategies for Dealing with Donors, Oxford (s. auch https://books.google.de/books/about/The_Politics_of_Aid.html?id=0bNT5hovJyYC&redir_esc=y)
121. Wilhelm, Jürgen (2010): Ownership und die Verpflichtung zur Rechenschaft. Zwei Seiten einer Medaille, in: Deutscher, Eckhard/Ihne, Hartmut: op. cit., 133-144
122. Wilhelm, Jürgen (2010a) (Hg.): Kultur und globale Entwicklung. Die Bedeutung von Kultur für die politische, wirtschaftliche und soziale Entwicklung, Berlin
123. World Trade Organization (2018): World Trade Report, Genf (www.wto.org/english/res_e/publications_e/world_trade_report18_e.pdf)

124. World Trade Organization (2019): World Trade Statistical Review, Genf (www.wto.org/english/res_e/statistics/wts2019_e/wts2019_e.pdf)
125. Youngs, Richard/Panchulidze, Elene (2020): Global Democracy & COVID-19: Upgrading International Support (www.idea.int/publications/catalogue/global-democracy-covid-19-upgrading-international-support)

Internetverweise (in alphabetischer Reihenfolge der Stichwörter; selbsterklärende URLs im Text sind hier nicht aufgeführt)

- Agenda 2030 > <https://sustainabledevelopment.un.org/sdgs> - UN Knowledge Platform, Sustainable Development Goals
- Agenda 21 > www.bmz.de/de/service/glossar/index.html - Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung/BMZ, Service, Lexikon
- AKP-Abkommen > https://ec.europa.eu/europeaid/regions/african-caribbean-and-pacific-acp-region_en - European Commission, International Cooperation and Development, Regions, African, Caribbean and Pacific (ACP) region; > www.bmz.de/de/ministerium/wege/ez_eu/eu-wege/akpstaaten/index.html; > www.acp.int - Africa, Caribbean and Pacific Group of States (ACP)
- Armutsbekämpfung > https://ec.europa.eu/europeaid/tags/fighting-poverty_en - European Commission, International Cooperation and Development > <http://www.bmz.de/de/themen/armut/index.html> - Bundesregierung Armut in jeder Form und überall beenden
- Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung > www.bundestag.de/entwicklung
- Bundeszentrale für politische Bildung (2017); NGOs – Nicht-Regierungsorganisationen. Anzahl in absoluten Zahlen, weltweit 1909 bis 2015, Bonn, in: www.bpb.de/nachschlagen/zahlen-und-fakten/globalisierung/52808/ngos
- Budgethilfe > www.deval.org/de/wirksamkeit-und-nachhaltigkeit-von-budgethilfe-synthese-und-exit-evaluierung.html - Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval)
- CAP > <https://data.oecd.org/oda/country-programmable-aid-cpa.htm> - OECD Data, Country Programmable Aid (CPA)
- Corporate Social Responsibility > www.germanwatch.org/de/thema/unternehmensverantwortung - Germanwatch (eine gemeinnützige, unabhängige Umwelt- und Entwicklungsorganisation), Unternehmensverantwortung; > <https://jcsr.springeropen.com> - International Journal of Corporate Social Responsibility
- DAC/Development Assistance Committee > www.oecd.org/dac/development-assistance-committee - OECD Development Assistance Committee (DAC)
- Demokratie > https://en.wikipedia.org/wiki/Democracy_Index; > www.bti-project.org/de/startseite - Bertelsmann Transformationsindex; > https://en.wikipedia.org/wiki/Democracy_Index; <https://freedomhouse.org> - Freedom House
- Do no harm-Prinzip > www.humanitarianstudies.no/tag/ethics - Norwegian Centre for Humanitarian Studies, [From Principle to Practice: Humanitarian Innovation and Experimentation](http://www.humanitarianstudies.no/tag/ethics)
- Empowerment > www.unwomen.org – The UN organization dedicated to gender equality and the empowerment of women
- Entwicklung > www.zef.de – Zentrum für Entwicklungsforschung/Center for Development Research (Universität Bonn); www.inef.uni-die.de – Institut für Entwicklung und Frieden (Universität Duisburg-Essen); www.palgrave.com/de/journal/41301 - Development, the flagship quarterly journal of the Society for International Development (SID), published by the [Palgrave Macmillan](http://www.palgrave.com) press
- Entwicklungsländer > www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-standards/daclist.htm - OECD/DAC List of ODA Recipients
- Entwicklungspolitik > www.die-gdi.de - Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE)/German Development Institute (Bonn)
- Entwicklungszusammenarbeit > www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/Veroeffentlichung-gemaess-IATI-Standard/index.html - hier finden sich Daten und Dokumente des BMZ zur bilateralen Entwicklungszusammenarbeit, die mindestens monatlich aktualisiert und überschrieben werden. Die maschinenlesbaren, unter Nennung der Datenquelle frei nutzbaren Daten, entsprechen dem Standard der International Aid Transparency Initiative (IATI). Geboten wird eine Übersicht der laufenden, beendeten und neu zugesagten Maßnahmen (Projekte und Programme), die vom BMZ finanziert und von den Durchführungsorganisationen und nichtstaatlichen Projektträgern implementiert werden. Unter die bis 2018 geltende Definition des Förderbereichs Humanitäre Hilfe fielen auch Maßnahmen des BMZ. Ab 2019 werden BMZ-Maßnahmen sektoral anders verschlüsselt. Dies gilt für alle neuen Maßnahmen.
www.dandc.eu/de - die Zeitschrift E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit erscheint auf Deutsch und Englisch D+C (www.dandc.eu)

- UN Women (2014): Gender Mainstreaming in development programming, New York (<https://undg.org/wp-content/uploads/2017/03/gender-mainstreaming-issuesbrief-en-pdf.pdf>)
- Evaluierung > www.oecd.org/dac/evaluation/daccriteriaforevaluatingdevelopmentassistance.htm; > www.deval.org – Deutsches Evaluierungsinstitut der Entwicklungszusammenarbeit (DEval), Bonn; > www.giz.de/de/ueber_die_giz/516.html - Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, Evaluierungsberichte; > www.kfw-entwicklungsbank.de/Internationale-Finanzierung/KfW-Entwicklungsbank/Evaluierungen/Ergebnisse - Kreditanstalt für Wiederaufbau/KfW-Entwicklungsbank; https://ec.europa.eu/europeaid/using-our-experience-improve-quality-our-development-engagement_en - European Commission > International Cooperation and Development, Using our experience to improve the quality of our development engagement, Project & Results, Evaluation
- ExpertInnen > www.bmz.de/de/ministerium/beruf/arbeitsmoeglichkeiten_ausland/fachkraefte.html - BMZ, entsandte und integrierte Fachkräfte; > www.giz.de/de/jobs/449.html + www.giz.de/de/jobs/24386.html - Informationen der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) für Berufserfahrene + Entwicklungsdienst auf Grundlage des Entwicklungshelfergesetzes; > www.cimonline.de - CIM/Centrum für internationale Migration und Entwicklung, eine Arbeitsgemeinschaft der GIZ und Zentralen Auslands- und Fachvermittlung der Bundesagentur für Arbeit; > www.ses-bonn.de - Senior Experten Service
- Flüchtlinge > www.unhcr.org – United Nations High Commissioner for Refugees/UNHCR, the UN Agency protecting and assisting refugees around the world (in Deutschland: www.unhcr.org/dach/de)
- Frieden > www.sef-bonn.org – die von Willy Brandt 1986 ins Leben gerufene Stiftung Entwicklung und Frieden; > www.inef.uni-die.de (s.o.); > www.bic.de – Bonn International Center for Conversion, Research for a more peaceful world
- Gender > www.gender-zeitschrift.de – GENDER. Zeitschrift für Geschlecht, Kultur und Gesellschaft; > www.genderportal.eu – GenPOR, a community sourced internet portal for sharing knowledge and inspiring collaborative action on gender and science
- Globalisierung > www.degruyter.com/view/j/jgd - Journal of Globalization and Development
- Handel > www.ituc-csi.org - The International Trade Union Confederation;
- Humanitäre (Sofort-)Hilfe > <https://ec.europa.eu/echo> - European Commission, European Civil Protection and Humanitarian Aid Operations
- Industrieländer > www.klett.de/alias/1019114 - Definition der Industrieländer zu Dienstleistungsgesellschaften
- Klimawandel > www.ipcc.ch - The Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC), the United Nations body for assessing the science related to climate change + www.de-ipcc.de - Der Weltklimarat IPCC, deutsche Koordinierungsstelle
- Kohärenz > https://ec.europa.eu/europeaid/policies/policy-coherence-development_en
- ODA > <http://devinit.org/wp-content/uploads/2019/04/aid-spending-by-DAC-donors-in-2018.pdf>
- Projekt- und Programmhilfe > www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/iati/index.jsp - Die IATI Projektdaten (International Aid Transparency Initiative) umfassen die zum aktuellen Stichtag laufenden sowie die im jeweiligen Zeitraum beendeten Maßnahmen der bilateralen EZ, die vom BMZ finanziert werden. Die Zugangs-URL ist <https://iatistandard.org/en>.
> <http://aiddata.org>. AiDA/Accessible Information on Development Activities is the largest online directory of development projects and activities worldwide. Over 100,000 are ongoing and planned, residing in the live database. Hosted on its global web portal, it offers a quick overview of who is doing what in international development, where they are doing it, and with what funds. Information is harvested from major bilateral donors, multilateral development banks, and UN agencies. The directory is searchable by country, sector or donor.
- Nachhaltige Entwicklung > www.bonn-alliance.uni-bonn.de – Bonner Allianz für Nachhaltigkeitsforschung²
- Nichtregierungsorganisationen > www.venro.org - Dachverband von 140 entwicklungspolitischen und humanitären Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland, die aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit kommen.

² Die im Rahmen der Weltklimakonferenz in Bonn am 15. November 2017 gegründete Bonner Allianz für Nachhaltigkeitsforschung hat sich zum Ziel gesetzt, die Forschung auf dem Gebiet der nachhaltigen Entwicklung und des globalen Wandels weiter zu stärken. Der Forschungsverbund trägt dazu bei, die in Bonn vorhandene interdisziplinäre Kompetenz auf diesem Gebiet enger miteinander zu vernetzen und auszubauen. Ihm gehören folgende Einrichtungen an, die ihre Zusammenarbeit weiter ausbauen wollen: das [BICC \(Bonn International Center for Conversion\)](http://www.bicc.uni-bonn.de), das [Deutsche Institut für Entwicklungspolitik \(DIE\)](http://www.die.uni-bonn.de), die [Hochschule Bonn-Rhein-Sieg \(H-BRS\)](http://www.hochschule-bonn-rhein-sieg.de), die [Universität der Vereinten Nationen - Institut für Umwelt und menschliche Sicherheit \(UNU-EHS\)](http://www.unu-ehs.org) und die [Universität Bonn](http://www.uni-bonn.de) mit ihren Fakultäten sowie dem [Zentrum für Entwicklungsforschung \(ZEF\)](http://www.zef.uni-bonn.de). Zur UNO-Stadt Bonn s. auch Holtz 2011b und www.bonn.de/themen-entdecken/uno-internationales/deutsche-uno-stadt.php.

- Personelle Zusammenarbeit > www.engagement-global.de - Engagement Global ist im Auftrag der Bundesregierung tätig und wird vom BMZ finanziert. Service für Entwicklungsinitiativen, berät und qualifiziert Zivilgesellschaft, Kommunen, private Träger und Einrichtungen; Stellen- und Personalentwicklungsangebote.
- Projekt- und Programmhilfe > www.bmz.de/de/ministerium/zahlen_fakten/transparenz-fuer-mehr-Wirksamkeit/iati/index.jsp
- Rio-Konventionen > www.unfccc.int - The UNFCCC secretariat, located in Bonn/Germany. With the adoption of the United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) in 1992, the subsequent adoption of the Kyoto Protocol in 1997 and the Paris Agreement in 2015, Parties to these three agreements have progressively reaffirmed the secretariat's role as the United Nations entity tasked with supporting the global response to the threat of climate change. > www.unccd.int - in line with the United Nations Convention to Combat Desertification (UNCCD), the key function of its secretariat, located in Bonn, is to service the sessions of the Conference of the Parties and its subsidiary bodies as well as to facilitate the implementation of the Convention. > www.cbd.int - The Secretariat of the Convention on Biological Diversity, located in Montreal/Canada, was established to support the goals of the Convention.
- Werte > <https://journals.sagepub.com/home/jhv> - The Journal of Human Values

ANHANG

TABLE 1: DAC MEMBERS' OFFICIAL DEVELOPMENT ASSISTANCE IN 2019 ON A GRANT EQUIVALENT BASIS^a
USD million
Data for 2019 are preliminary

	Total ODA (1) + (2)	ODA/GNI %	GRANT EQUIVALENTS				FLOWS ^b				Memo: Volume of total ODA flows - net disbursements
			Bilateral Grants	Grant equivalents of loans	Multilateral Grants and capital subscriptions	Grant equivalent s of loans	ODA grant equivalent sub-total (1)	Debt relief	Private sector instruments Insti- tutional approach	Instru- ment approach	
<i>DAC countries:</i>											
Australia	2 949	0.22	2 283	-	666	-	2 949	-	-	-	2 949
Austria	1 211	0.27	419	-	774	-	1 194	0	-	17	1 208
Belgium	2 177	0.42	1 066	16	941	60	2 083	8	86	-	2 211
Canada	4 673	0.27	3 004	-	1 435	-	4 439	-	78	156	4 514
Czech Republic	306	0.13	71	-	209	-	280	24	2	-	306
Denmark	2 546	0.71	1 728	-	777	-	2 506	3	37	-	2 534
Finland	1 126	0.42	544	-	492	38	1 074	-	-	53	1 144
France	12 176	0.44	5 118	1 620	4 698	74	11 511	11	-	654	11 980
Germany	23 806	0.60	16 750	1 094	5 657	-	23 501	4	-	302	23 729
Greece	308	0.14	74	-	234	-	308	-	-	-	308
Hungary	317	0.22	145	-	172	-	317	-	-	-	317
Iceland	67	0.27	57	-	10	-	67	0	-	-	67
Ireland	935	0.31	532	-	403	-	935	-	-	-	935
Italy ^c	4 900	0.24	1 878	102	2 911	-	4 891	9	-	-	4 733
Japan	15 507	0.29	5 269	6 265	3 051	671	15 256	-	-	251	11 639
Korea	2 521	0.15	1 217	686	617	-	2 521	-	-	-	2 575
Luxembourg	474	1.05	348	-	127	-	474	-	-	-	474
Netherlands	5 292	0.59	3 429	-	1 803	-	5 232	60	-	-	5 292
New Zealand	559	0.28	456	-	103	-	559	-	-	-	559
Norway	4 292	1.02	3 065	-	977	-	4 042	25	225	-	4 292
Poland	684	0.12	122	23	540	-	684	-	-	-	669
Portugal	373	0.16	114	2	257	-	373	-	-	-	344
Slovak Republic	129	0.12	21	-	107	-	129	-	-	-	129
Slovenia	86	0.16	32	-	54	-	86	-	-	-	86
Spain	2 896	0.21	1 035	5	1 873	-	2 913	-	-	-17	2 662
Sweden	5 397	0.99	3 422	-	1 911	-	5 333	-	63	-	5 396
Switzerland	3 093	0.44	2 349	-	714	-	3 063	-	30	-	3 089
United Kingdom	19 365	0.70	11 552	-	6 459	-	18 012	-	1 328	26	19 343
United States	34 615	0.16	30 629	-	3 982	-	34 611	4	-	-	33 889
TOTAL DAC	152 780	0.30	96 728	9 813	41 955	844	149 339	149	1 850	1 442	147 373
Average Country Effort		0.38									
<i>Memo items:</i>											
EU Institutions	14 827	-	14 032	1 051	353	-	15 435	-	-	-608	15 154
DAC-EU countries ^d	84 505	0.47	48 399	2 862	30 400	173	81 833	119	1 517	1 035	83 799
G7 countries	115 042	0.29	74 199	9 082	28 194	745	112 220	28	1 405	1 390	109 827
Non-G7 countries	37 738	0.35	22 529	731	13 762	98	37 120	121	444	53	37 546
<i>OECD non-DAC members:^e</i>											
Estonia	42	0.13	15	-	27	-	42	-	-	-	42
Israel ^f	278	0.07	241	-	37	-	278	-	-	-	278
Latvia	34	0.10	5	-	29	-	34	-	-	-	34
Lithuania	58	0.11	12	-	46	-	58	-	-	-	58
Turkey	8 652	1.15	8 468	-	184	-	8 652	-	-	-	8 652
<i>DAC Participants:^g</i>											
Bulgaria	65	0.10	9	-	56	-	65	-	-	-	65
Romania	251	0.10	65	-	186	-	251	-	-	-	251
Saudi Arabia	4 447	0.56	3 902	496	49	-	4 447	-	-	-	4 847
United Arab Emirates	2 236	0.55	1 874	280	82	-	2 236	-	-	-	2 478
<i>Other Non-OECD members:^h</i>											
Cyprus	45	0.21	3	-	43	-	45	-	-	-	45
Malta	40	0.29	31	-	9	-	40	-	-	-	40
Chinese Taipei	302	0.05	263	0	34	5	302	-	-	-	306

a) Total ODA in 2019 includes USD 9.8 billion of loans to ODA-eligible sovereign entities, USD 1.9 billion of assistance provided to and any reflows including profits from development oriented PSI vehicles, USD 1.4 billion of loans and equities provided to and repayments and reflows from private companies operating in ODA-eligible countries and USD 149 million for debt relief.

b) Net disbursements. Items not yet included in grant equivalent measure as reporting directives have not yet been agreed: debt reorganisation and use of private sector instruments.
[https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT\(2018\)9/ADD3/FINAL/en/pdf](https://one.oecd.org/document/DCD/DAC/STAT(2018)9/ADD3/FINAL/en/pdf)

c) Secretariat estimate.

d) The present publication presents time series which end before the United Kingdom's withdrawal from the European Union on 1 February 2020. The EU aggregate presented here therefore refers to the DAC-EU countries including the United Kingdom.

e) Chile and Mexico do not provide data on their official development finance to the OECD.

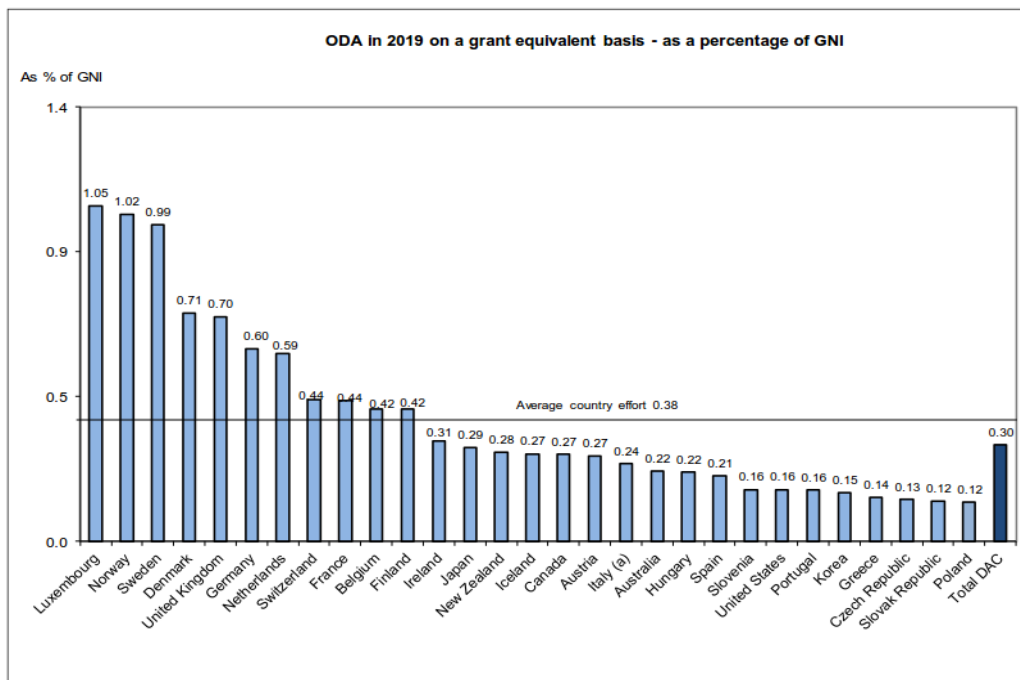
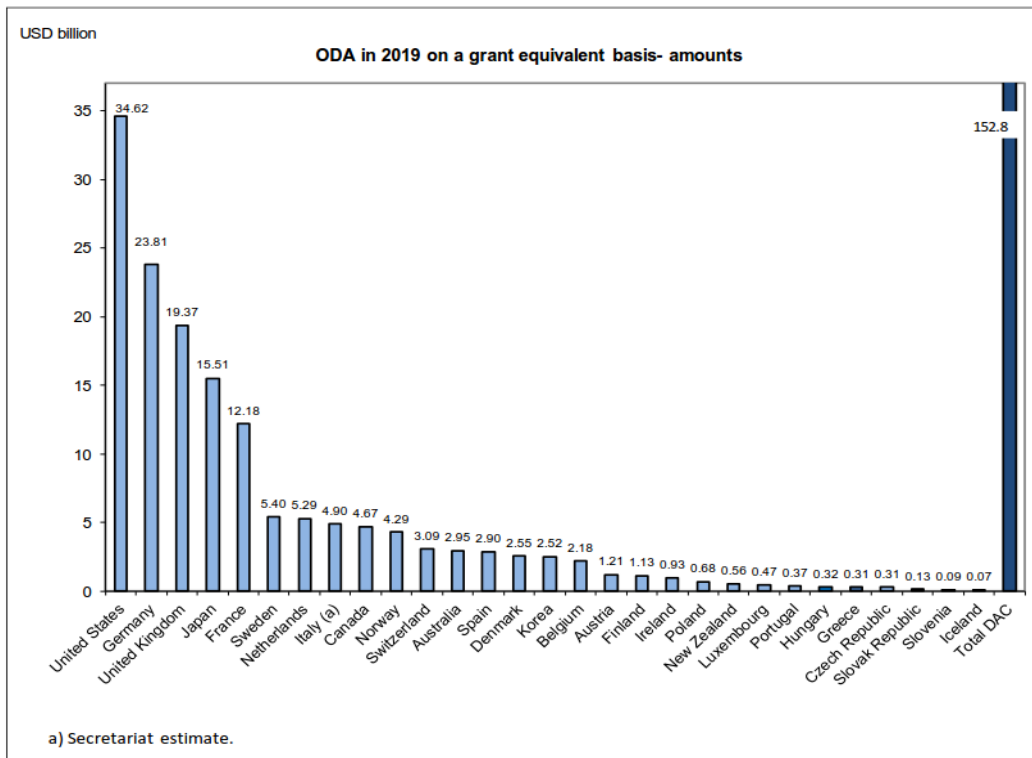
f) The statistical data for Israel are supplied by and under the responsibility of the relevant Israeli authorities. The use of such data by the OECD is without prejudice to the status of the Golan Heights, East Jerusalem and Israeli settlements in the West Bank under the terms of international law.

g) Azerbaijan, Kuwait and Qatar are also Participants to the DAC. Azerbaijan and Kuwait did not provide preliminary 2019 ODA figures to the OECD, and Qatar does not report on its official development finance to the OECD.

h) Countries that have provided preliminary data on their 2019 development finance.

Notes: The data for 2019 are preliminary pending detailed final data to be published in December 2020. The data are standardised on a calendar year basis for all countries, and so may differ from fiscal year data available in countries' budget documents.

CHART 1: DAC MEMBERS' OFFICIAL DEVELOPMENT ASSISTANCE IN 2019 ON A GRANT EQUIVALENT BASIS
Data for 2019 are preliminary



Source: OECD, 16 April 2020.

Grant equivalent basis: For loans to the official sector, the grant equivalent in ODA is obtained by multiplying the annual spend on the loan by the loan's grant element, which is calculated at the time of the loan commitment. The grant element is calculated as the difference between the face value of the loan and the present value of the repayments the borrower will make over the lifetime of the loan, as a percentage of the face value. Four factors determine the grant element: the interest rate; grace period (i.e. the time from the commitment to the first repayment date of the loan); maturity (the time from the commitment to the last date the loan is expected to be repaid); and discount rate (which is used to determine the present value of future repayments).loan); maturity (the time from the commitment to the last date the loan is expected to be repaid); and discount rate (which is used to determine the present value of future repayments). By comparison under the cash flow methodology, which was the previous way of measuring ODA loans, loans must convey a grant element of at least 25 per cent calculated at a discount rate of 10 per cent to count as ODA. They are also measured on a cash basis: i.e. when the cash value of the loan is advanced it is recorded as a positive flow and when loan repayments are made it is a negative flow. Loans recorded as private sector instruments continue to be reported this way in ODA.

https://assets.publishing.service.gov.uk/government/uploads/system/uploads/attachment_data/file/792460/Grant-Equivalent-Technical-Note.pdf (12.09.2019)

TABLE 2: TRENDS IN DAC MEMBERS' OFFICIAL DEVELOPMENT ASSISTANCE IN 2018 AND 2019 ON A GRANT EQUIVALENT BASIS
 USD million, at 2018 prices and exchange rates
 Data for 2019 are preliminary

	2019				2018				Total ODA Per cent change 2018 to 2019 (c)	Memo:	
	Total ODA	of which:		ODA/GNI %	Total ODA	of which:		ODA/GNI %		2019	2018
		Grant equivalents (a)	Flows (b)			Grant equivalents (a)	Flows (b)			Volume of total ODA flows - net disbursements	
<i>DAC countries:</i>											
Australia	3 070	3 070	-	0.22	3 149	3 149	-	0.23	-2.5	3 070	3 149
Austria	1 256	1 238	18	0.27	1 170	1 144	26	0.26	7.4	1 254	1 167
Belgium	2 259	2 161	98	0.42	2 312	2 234	78	0.43	-2.3	2 294	2 348
Canada	4 684	4 450	235	0.27	4 660	4 345	315	0.28	0.5	4 525	4 641
Czech Republic	313	286	27	0.13	305	305	-	0.13	2.6	313	305
Denmark	2 654	2 611	43	0.71	2 590	2 552	38	0.72	2.5	2 641	2 577
Finland	1 163	1 109	54	0.42	984	937	47	0.36	18.2	1 181	984
France	12 651	11 959	692	0.44	12 136	11 458	679	0.43	4.2	12 447	12 840
Germany	24 627	24 311	316	0.60	24 977	24 667	310	0.61	-1.4	24 547	25 670
Greece	322	322	-	0.14	290	290	-	0.13	11.0	322	290
Hungary	326	326	-	0.22	285	285	-	0.21	14.5	326	285
Iceland	73	73	0	0.27	74	74	0	0.28	-1.6	73	74
Ireland	976	976	-	0.31	934	934	-	0.31	4.5	976	934
Italy ^d	5 136	5 127	10	0.24	5 190	5 179	10	0.25	-1.0	4 961	5 098
Japan	15 224	14 978	246	0.29	14 164	14 039	124	0.28	7.5	11 427	10 064
Korea	2 686	2 686	-	0.15	2 358	2 358	-	0.14	13.9	2 744	2 423
Luxembourg	486	486	-	1.05	473	473	-	0.98	2.7	486	473
Netherlands	5 429	5 368	61	0.59	5 659	5 659	-	0.62	-4.1	5 429	5 617
New Zealand	575	575	-	0.28	556	556	-	0.28	3.4	575	556
Norway	4 671	4 399	272	1.02	4 258	4 022	236	0.94	9.7	4 671	4 258
Poland	707	707	-	0.12	766	766	-	0.14	-7.7	691	759
Portugal	389	389	-	0.16	411	399	12	0.18	-5.4	359	388
Slovak Republic	132	132	-	0.12	138	138	-	0.13	-4.0	132	138
Slovenia	88	88	-	0.16	84	84	-	0.16	5.8	88	84
Spain	3 006	3 024	-18	0.21	2 890	2 937	-47	0.20	4.0	2 763	2 590
Sweden	5 711	5 644	67	0.99	6 001	5 932	69	1.07	-4.8	5 711	6 000
Switzerland	3 121	3 090	30	0.44	3 101	3 070	31	0.44	0.6	3 117	3 097
United Kingdom	19 829	18 443	1 386	0.70	19 410	18 397	1 014	0.70	2.2	19 806	19 462
United States	34 009	34 005	4	0.16	34 152	34 149	3	0.16	-0.4	33 296	33 787
TOTAL DAC	155 576	152 035	3 542	0.30	153 477	150 530	2 947	0.31	1.4	150 227	150 059
<i>Memo items:</i>											
EU Institutions	15 389	16 020	- 631	-	16 385	16 241	143	-	-6.1	15 727	17 116
DAC-EU countries ^e	87 463	84 709	2 754	0.47	87 006	84 768	2 238	0.48	0.5	86 729	88 009
G7-countries	116 161	113 273	2 888	0.29	114 688	112 233	2 455	0.29	1.3	111 009	111 562
Non-G7 countries	39 416	38 762	654	0.35	38 789	38 297	492	0.36	1.6	39 218	38 496
<i>OECD non-DAC members:^f</i>											
Estonia	43	43	-	0.13	49	49	-	0.16	-11.5	43	49
Israel ^g	270	270	-	0.07	365	365	-	0.10	-26.1	270	365
Latvia	35	35	-	0.10	34	34	-	0.10	1.1	35	34
Lithuania	60	60	-	0.11	65	65	-	0.12	-7.6	60	65
Turkey	8 751	8 751	-	1.15	8 612	8 612	-	1.10	1.6	8 751	8 612
<i>DAC Participants:^h</i>											
Bulgaria	66	66	-	0.10	69	69	-	0.11	-3.9	66	69
Romania	256	256	-	0.10	249	249	-	0.11	2.8	256	249
Saudi Arabia	4 533	4 533	-	0.56	4 387	4 387	-	NA	3.3	4 941	4 779
United Arab Emirates	2 279	2 279	-	0.55	3 863	3 863	-	0.93	-41.0	2 526	4 116
<i>Other Non-OECD members:ⁱ</i>											
Cyprus	46	46	-	0.21	25	25	-	0.12	83.9	46	25
Malta	40	40	-	0.29	33	33	-	0.25	22.6	40	33
Chinese Taipei	308	308	-	0.05	298	298	-	0.05	3.3	312	292

a) Total ODA includes grants, the grant equivalents of loans to sovereign entities, grants and capital subscriptions as well as the grant equivalent of loans to multilateral organisations.

b) Flows includes debt relief and private sector instruments on a net disbursement basis.

c) Taking into account both inflation and exchange rate movements.

d) Data for 2019 are Secretariat estimates.

e) The present publication presents time series which end before the United Kingdom's withdrawal from the European Union on 1 February 2020. The EU aggregate presented here therefore refers to the DAC-EU countries including the United Kingdom.

f) Chile and Mexico do not provide data on their official development finance to the OECD.

g) The statistical data for Israel are supplied by and under the responsibility of the relevant Israeli authorities. The use of such data by the OECD is without prejudice to the status of the Golan Heights, East Jerusalem and Israeli settlements in the West Bank under the terms of international law.

h) Azerbaijan, Kuwait and Qatar are also Participants to the DAC. Azerbaijan and Kuwait did not provide preliminary 2019 ODA figures to the OECD, and Qatar does not report on its official development finance to the OECD.

i) Countries that have provided preliminary data on their 2019 development finance.

Source: OECD, 16 April 2020.

UNDER EMBARGO UNTIL 16 APRIL 2020, 16:00 HOURS PARIS TIME

TABLE 3: SHARE OF IN-DONOR REFUGEE COSTS IN ODA
Preliminary data for 2019

	2019			2018			Percent change ODA excluding in- donor refugee costs 2018 to 2019 ^a At 2018 prices and exchange rates
	ODA	of which:	In-donor	ODA	of which:	In-donor	
	Grant	In-donor	refugee costs	Grant	In-donor	refugee costs	
	equivalent	refugee costs	as a share of	equivalent	refugee costs	as a share of	
USD million	USD million	total ODA	USD million	USD million	total ODA		
current	current	%	current	current	%		
<i>DAC countries:</i>							
Australia	2 949	-	0.0	3 149	-	0.0	-2.5
Austria	1 211	31	2.5	1 170	62	5.3	10.5
Belgium	2 177	138	6.3	2 312	245	10.6	2.4
Canada	4 673	476	10.2	4 660	506	10.9	1.3
Czech Republic	306	6	2.0	305	25	8.2	9.5
Denmark	2 546	54	2.1	2 590	67	2.6	3.0
Finland	1 126	90	8.0	984	57	5.8	15.5
France	12 176	1 191	9.8	12 136	802	6.6	0.7
Germany	23 806	3 129	13.1	24 977	3 872	15.5	1.4
Greece	308	67	21.7	290	28	9.6	-3.9
Hungary	317	2	0.5	285	4	1.3	15.4
Iceland	67	13	19.0	74	11	15.1	-6.2
Ireland	935	50	5.3	934	56	6.0	5.3
Italy ^b	4 900	1 100	22.4	5 190	1 125	21.7	-2.0
Japan	15 507	0	0.0	14 164	0	0.0	7.5
Korea	2 521	1	0.1	2 358	2	0.1	14
Luxembourg	474	-	0.0	473	-	0.0	2.7
Netherlands	5 292	494	9.3	5 659	574	10.1	-3.2
New Zealand	559	16	2.9	556	17	3.0	3.6
Norway	4 292	60	1.4	4 258	102	2.4	10.8
Poland	684	4	0.6	766	6	0.8	-7.5
Portugal	373	-	0.0	411	10	2.3	-3.2
Slovak Republic	129	1	0.7	138	1	0.6	-4.1
Slovenia	86	3	3.6	84	2	2.9	5.1
Spain	2 896	289	10.0	2 890	276	9.5	3.5
Sweden	5 397	267	4.9	6 001	525	8.7	-0.9
Switzerland	3 093	286	9.2	3 101	282	9.1	0.5
United Kingdom	19 365	606	3.1	19 410	493	2.5	1.5
United States	34 615	1 872	5.4	34 152	1 621	4.7	-1.1
TOTAL DAC	152 780	10 243	6.7	153 477	10 769	7.0	1.7
<i>Memo Item:</i>							
DAC-EU countries ^c	84 505	7 519	8.9	87 006	8 228	9.5	1.1

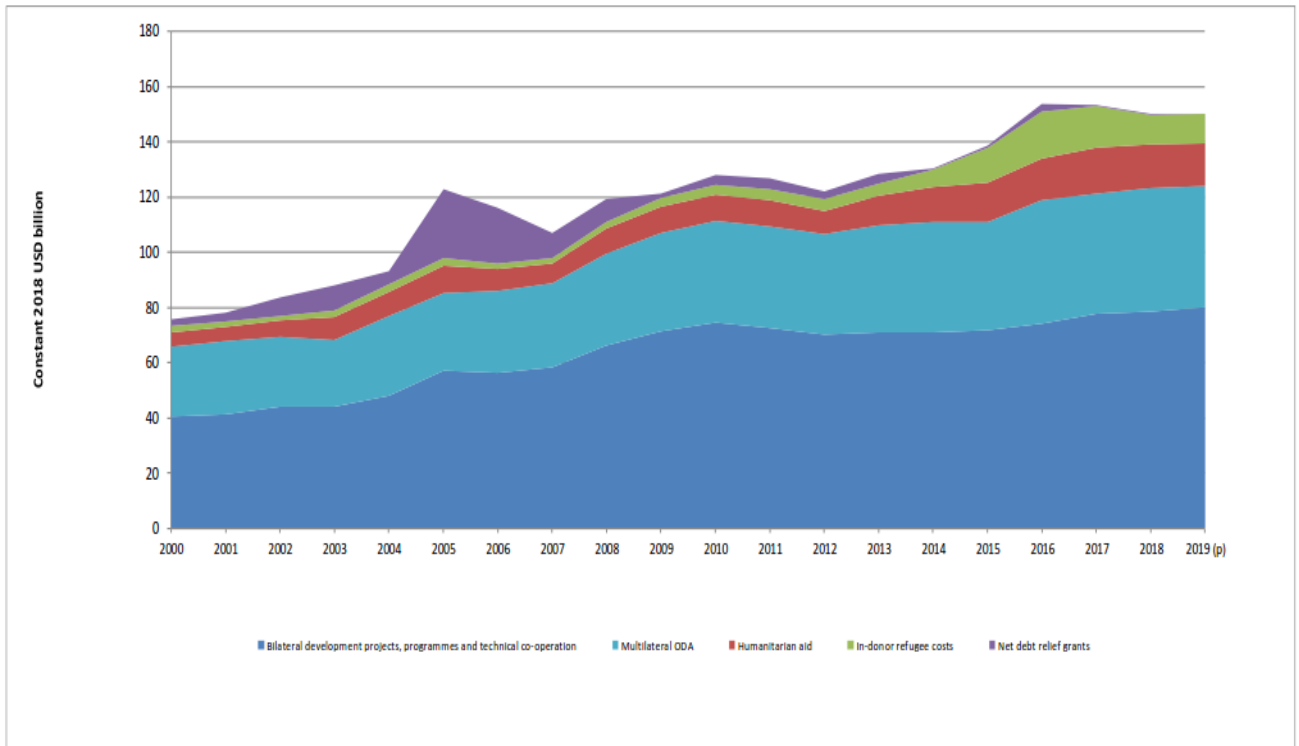
a) Taking account of both inflation and exchange rate movements.

b) Secretariat estimate.

c) The present publication presents time series which end before the United Kingdom's withdrawal from the European Union on 1 February 2020. The EU aggregate presented here therefore refers to the DAC-EU countries including the United Kingdom.

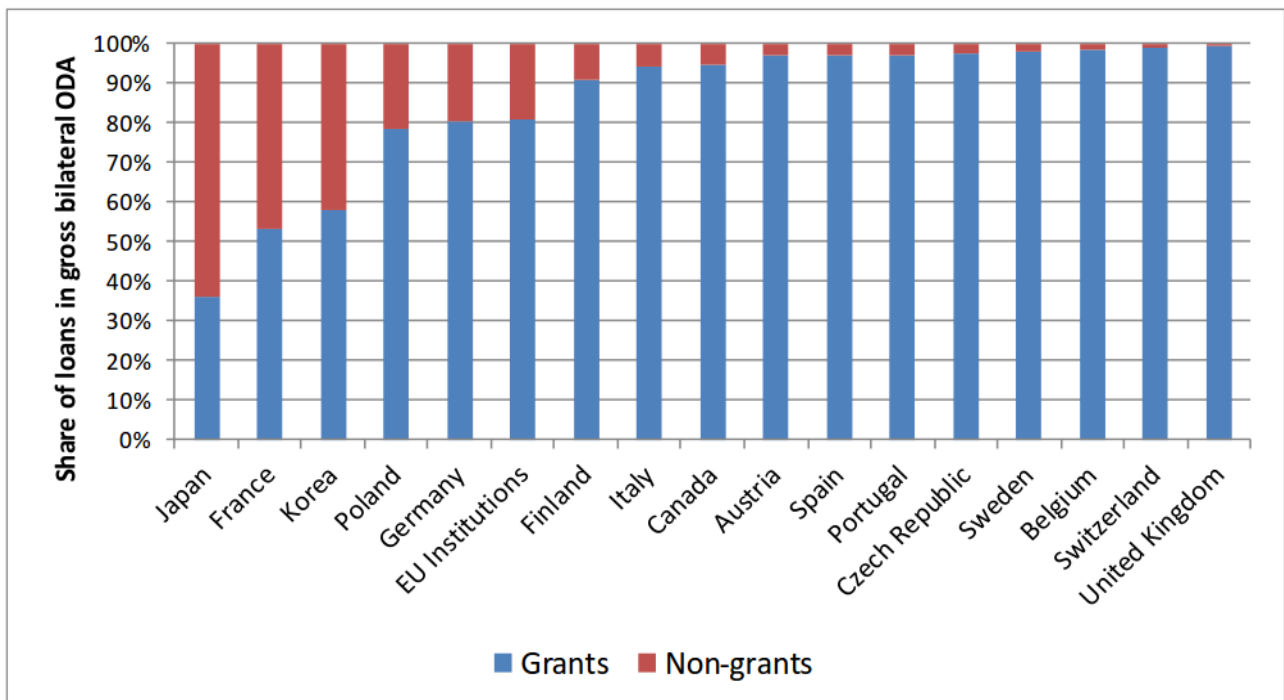
Source: OECD, 16 April 2020.

CHART 2: COMPONENTS OF DAC COUNTRIES' NET ODA
Data for 2019 are preliminary



Source: OECD, 16 April 2020.

CHART 3: SHARE OF NON-GRANTS IN GROSS BILATERAL ODA FOR LOAN GIVING DAC MEMBERS
Data for 2019 are preliminary



Source: OECD, 16 April 2020.

Die auf den Seiten 32-36 wiedergegebenen Dokumente können auch unter folgender URL abgerufen werden:
www.oecd.org/dac/financing-sustainable-development/development-finance-data/ODA-2019-detailed-summary.pdf

DAC List of ODA Recipients
Effective for reporting on 2018, 2019 and 2020 flows

Least Developed Countries	Other Low Income Countries (per capita GNI <= \$1 005 in 2016)	Lower Middle Income Countries and Territories (per capita GNI \$1 006-\$3 955 in 2016)	Upper Middle Income Countries and Territories (per capita GNI \$3 956-\$12 235 in 2016)
Afghanistan Angola ¹ Bangladesh Benin Bhutan Burkina Faso Burundi Cambodia Central African Republic Chad Comoros Democratic Republic of the Congo Djibouti Eritrea Ethiopia Gambia Guinea Guinea-Bissau Haiti Kiribati Lao People's Democratic Republic Lesotho Liberia Madagascar Malawi Mali Mauritania Mozambique Myanmar Nepal Niger Rwanda Sao Tome and Principe Senegal Sierra Leone Solomon Islands Somalia South Sudan Sudan Tanzania Timor-Leste Togo Tuvalu Uganda Vanuatu ¹ Yemen Zambia	Democratic People's Republic of Korea Zimbabwe	Armenia Bolivia Cabo Verde Cameroon Congo Côte d'Ivoire Egypt El Salvador Georgia Ghana Guatemala Honduras India Indonesia Jordan Kenya Kosovo Kyrgyzstan Micronesia Moldova Mongolia Morocco Nicaragua Nigeria Pakistan Papua New Guinea Philippines Sri Lanka Swaziland Syrian Arab Republic Tajikistan Tokelau Tunisia Ukraine Uzbekistan Viet Nam West Bank and Gaza Strip	Albania Algeria Antigua and Barbuda ² Argentina Azerbaijan Belarus Belize Bosnia and Herzegovina Botswana Brazil China (People's Republic of) Colombia Cook Islands ³ Costa Rica Cuba Dominica Dominican Republic Ecuador Equatorial Guinea Fiji Former Yugoslav Republic of Macedonia Gabon Grenada Guyana Iran Iraq Jamaica Kazakhstan Lebanon Libya Malaysia Maldives Marshall Islands Mauritius Mexico Montenegro Montserrat Namibia Nauru Niue Palau ² Panama Paraguay Peru Saint Helena Saint Lucia Saint Vincent and the Grenadines Samoa Serbia South Africa Suriname Thailand Tonga Turkey Turkmenistan Venezuela Wallis and Futuna

Discussion Paper in Master Seminars (University of Bonn, Bonn-Rhein-Sieg University of Applied Sciences) as of July 2020

Why countries are rich or poor and belonging to different income groups?

Cf. U. Holtz (2010): *Die Millenniumsentwicklungsziele – eine gemischte Bilanz [The Millennium Development Goals – a mixed balance]*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte/APuZ*, 8 March 2010, p. 3-8.

U. Holtz (2013): *Die Millenniumsentwicklungsziele [The MDGs]*, in: H. Ihne/J. Wilhelm (eds.): *Einführung in die Entwicklungspolitik [Introduction to development Politics]*, Berlin pp. 41-64, 54-57.

U. Holtz (2018): *SDGs und demokratische Partizipation. Was ist die Rolle der Parlamente? [SDGs and democratic participation. What is the role of parliaments?]*, in: *Tobias Debiel (ed.): Entwicklungspolitik in Zeiten der SDGs. Essays zum 80. Geburtstag von Franz Nuscheler*, Duisburg, Bonn - April 2018, pp. 93-98
[www.sef-bonn.org/fileadmin/SEF-Dateiliste/04_Publikationen/Weitere_Publikationen/Sonderpublikationen/sb-2018_essayband-nuscheler_de.pdf, in English www.uwe-holtz.uni-bonn.de/virtueller-apparat/virt.-apparat/2030agenda-SDGs-Parliaments/view]

A huge literature was and is dealing with these questions. Since decades Holtz has been trying to contribute to this discussion. After a chart that classifies the so-called developing/recipient countries by income groups, he makes a bold attempt to list positives and negative factors for (mal-)development in brief theses. (an ongoing working process)

DAC List of ODA Recipients
Effective for reporting on 2014, 2015 and 2016 flows

Least Developed Countries	Other Low Income Countries (per capita GNI <= \$1 045 in 2013)	Lower Middle Income Countries and Territories (per capita GNI \$1 046-\$4 125 in 2013)	Upper Middle Income Countries and Territories (per capita GNI \$4 126-\$12 745 in 2013)
Afghanistan	Democratic People's Republic of Korea	Armenia	Albania
Angola	Kenya	Bolivia	Algeria
Bangladesh	Tajikistan	Cabo Verde	Antigua and Barbuda ²
Benin	Zimbabwe	Cameroon	Argentina
Bhutan		Congo	Azerbaijan
Burkina Faso		Côte d'Ivoire	Belarus
Burundi		Egypt	Belize
Cambodia		El Salvador	Bosnia and Herzegovina
Central African Republic		Georgia	Botswana
Chad		Ghana	Brazil
Comoros		Guatemala	Chile ²
Democratic Republic of the Congo		Guyana	China (People's Republic of)
Djibouti		Honduras	Colombia
Equatorial Guinea ¹		India	Cook Islands
Eritrea		Indonesia	Costa Rica
Ethiopia		Kosovo	Cuba
Gambia		Kyrgyzstan	Dominica
Guinea		Micronesia	Dominican Republic
Guinea-Bissau		Moldova	Ecuador
Haiti		Mongolia	Fiji
Kiribati		Morocco	Former Yugoslav Republic of Macedonia
Lao People's Democratic Republic		Nicaragua	Gabon
Lesotho		Nigeria	Grenada
Liberia		Pakistan	Iran
Madagascar		Papua New Guinea	Iraq
Malawi		Paraguay	Jamaica
Mali		Philippines	Jordan
Mauritania		Samoa	Kazakhstan
Mozambique		Sri Lanka	Lebanon
Myanmar		Swaziland	Libya
Nepal		Syrian Arab Republic	Malaysia
Niger		Tokelau	Maldives
Rwanda		Ukraine	Marshall Islands
Sao Tome and Principe		Uzbekistan	Mauritius
Senegal		Viet Nam	Mexico
Sierra Leone		West Bank and Gaza Strip	Montenegro
Solomon Islands			Montserrat
Somalia			Namibia
South Sudan			Nauru
Sudan			Niue
Tanzania			Palau
Timor-Leste			Panama
Togo			Peru
Tuvalu			Saint Helena
Uganda			Saint Lucia
Vanuatu ¹			Saint Vincent and the Grenadines
Yemen			Serbia

LLDCs = 48
Other LICs = 4
L-MICs = 36
U-MICs = 58
Total = 146

The list was also valid for 2017¹

¹ www.oecd.org/dac/stats/documentupload/DAC_List_ODA_Recipients2014to2017_flows_En.pdf (30.05.2020)

Positive factors supportive or responsible for development

1. A development-oriented behaviour of governments and elites with strong parliaments, which includes the participation of the population (incl. civil society) and its ownership (in line with sustainable, human, resilient development ensuring a life of dignity for all)
2. Capable governments, effective administrations and institutions at all levels based on democracy, human rights and the rule of law and good governance)
3. Fight against poverty by a national framework setting, which promotes the private sector and doesn't gag it (in line with a social and ecological market economy)
4. Advancement of education, vocational training, knowledge, science, cognitive capabilities and capacity building
5. Material and immaterial infrastructure equipment incl. ICT and capacity building
6. Mobilization of domestic (financial) resources
7. Development of a favourable mental and cultural enabling environment
8. Acknowledgment of the important role of women
9. Sustainable industrialization, resilient infrastructure, stimulation of a broad-based, sustained, anti-poverty growth and making use of the international division of labour
10. Containment of rapid population growth
11. Efficient use of Official Development Assistance (ODA) in the sense of ownership and help for self-help
12. Internal peace and an enabling international environment

Two cause bundles are responsible for lagging behind:

A. Factors, which were / are particularly virulent after the adoption of the Millennium Declaration in 2000 and of the 2030 Agenda in 2015:

1. After the terrorist attacks from September 2001 some industrialized countries prioritized rather military and geopolitical aspects than civilian and socio-economic development (“securitization of development policy”)
2. The significant increase of failed, collapsed states and of ‘new’ wars, violent conflicts and jihadism
3. The climate change with its growing negative effects
4. The energy, food as well as financial and economic crises or the recent corona crisis
5. Migratory movements towards some ‘donor’ countries lead sometimes to a “migrationization” of their development policy

B. Factors, which were always of great importance and must be considered, if a turn to the better is intended:

1. The population growth (1990: 5,3 billion; 2015: 7,3 bn; 2050: 9,8 bn) (U. H.: The best pill for development is development.)
2. Corrupt and kleptocratic elites, clientelism
3. Bad governance and poor performance
4. The neglect of the rural areas and (traditional) agriculture
5. A development-hostile environment (the non-recognition of education, training and knowledge as well as of tolerant cultures open for change)
6. Difficult internal situations (fragility, land locked, military conflicts, hostile ecological systems ...)
7. Relying on fossil energies instead of renewables
8. Legacy of colonialism (in particular in some African countries: arbitrarily drawn borders, destruction of self-confidence, supplier of raw materials)
9. The developed countries unwillingness to build up a truly fair trade and financial global system – too often unsuitable recipes of the International Monetary Fund and the World Bank
10. Despite several efforts to increase ODA and its efficiency the insufficiency and unwillingness of some industrialized countries to undertake serious, strong steps in the direction of a quantitatively higher and qualitatively better development policy

In any case, there is neither a ‘one size fits all’ recipe nor a scientific ready-made meal.